

HOCHSCHULE FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG UND FINANZEN LUDWIGSBURG

Sorgerechtsentzug nach § 1666 BGB und die Kooperation
zwischen Amtsvormündern und dem Sozialen Dienst

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades einer

Bachelor of Arts (B. A.)

im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Sarah Bosse

Studienjahr 2011/2012

Erstgutachter: Dipl.-Verwaltungswirt Hans-Peter Kirgis

Zweitgutachter: Stv. Direktor des Amtsgerichts Waiblingen Josef Anderl

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	V
Abbildungsverzeichnis	VI
Anlagenverzeichnis	VII
I Einleitung.....	1
II Sorgerechtsentzug nach § 1666 BGB	3
1. Gesetzliche Grundlagen bei Gefährdung des Kindeswohls	3
1.1 Elternrecht und Staatliches Wächteramt	3
1.2 Überblick über die elterliche Sorge	3
1.3 Ermittlung der Situation und Gefährdungseinschätzung	5
1.4 Anregung einer familiengerichtlichen Massnahme und Einleitung des Verfahrens.....	6
2. Das familiengerichtliche Verfahren auf Entzug der elterlichen Sorge	8
2.1 Allgemeines	8
2.1.1 Neue gesetzliche Grundlagen im gerichtlichen Verfahren	8
2.1.2 Begriff der Kindschaftssachen	8
2.1.3 Amtsverfahren und Amtsermittlungsgrundsatz	9
2.1.4 Zuständigkeit	9
2.1.5 Beteiligte in Kindschaftssachen	10
2.2 Vorrang- und Beschleunigungsgebot	11
2.3 Unverzügliche Prüfung einer einstweiligen Anordnung	12
2.4 Erörterung der Kindeswohlgefährdung.....	13
2.4.1 Funktion des Erörterungstermins	13
2.4.2 Anhörungen	13
2.4.3 Der Verfahrensbeistand	15
2.4.4 Beweisaufnahme, Sachverständigengutachten	16
2.5 Materiell-rechtliche Prüfung des Einzelfalls.....	17
2.5.1 Voraussetzungen für ein Eingreifen des Familiengerichts	17
2.5.2 Maßnahmen des Familiengerichts	19
2.6 Die Entscheidung des Gerichts	19
2.7 Abänderung und Überprüfung von Entscheidungen	20
3. Rechtliche Folgen nach dem (teilweisen) Entzug der elterlichen Sorge	21
3.1 Die Arten der Vormundschaft	21

3.2 Bestellung eines Vormunds durch das Gericht	22
III Die Kooperation zwischen Amtsvormündern und dem Sozialen Dienst	23
4. Die Doppelfunktion des Jugendamts.....	23
4.1 Die unterschiedlichen Rollen in der Behörde Jugendamt.....	23
4.1.1 Aufgaben der Vormünder nach deren Bestellung	23
4.1.2 Aufgaben des Sozialen Dienstes im Kinderschutz.....	24
4.1.3 Schnittstellen - Hilfen zur Erziehung	25
4.1.4 Schnittstellen - Hilfeplanung	26
4.2 Grenzen der Organisationskompetenz des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe.....	27
5. Kooperation.....	28
5.1 Bedingungen einer erfolgreichen Kooperation	28
5.2 Hindernisse einer erfolgreichen Kooperation	29
6. Auswirkungen der Gesetzesänderung im Vormundschaftsrecht auf die Kooperation.....	29
7. Empirische Untersuchung	32
7.1 Ziel der Untersuchung.....	32
7.2 Methodik und Vorgehensweise	33
8. Auswertung der Befragung.....	34
8.1 Allgemeine Fragen	34
8.1.1 Organisationsstruktur A	35
8.1.2 Organisationsstruktur B	36
8.1.3 Organisationsstruktur C	37
8.2 Durchführung ausgewählter Arbeitsabläufe	38
8.2.1 Verfahrensablauf bei Sorgerechtsentzugsverfahren.....	38
8.2.2 Hilfeplangespräche	40
8.3 Das Verhältnis zwischen der Vormundschaft und dem Sozialen Dienst ...	45
8.4 Selbst-/Fremdbilder.....	50
8.4.1 Rollen und Funktionen aus Sicht der Vormundschaft	50
8.4.2 Rollen und Funktionen aus Sicht des Sozialen Dienstes	52
8.4.3 Rollen und Funktionen von Mitarbeitern mit Doppelfunktion	53
8.5 Veränderungsvorschläge	53
9. Zusammenfassende Bewertung der empirischen Erhebung	55
9.1 Aspekte zur Organisationsstruktur	56

9.2 Sorgerechtsentzugsverfahren	57
9.3 Hilfeplanverfahren-/gespräche	58
9.4 Informationsaustausch	61
9.5 Aspekte zur Qualität einer guten Zusammenarbeit	62
9.6 Persönliche Haltung des Einzelnen.....	63
9.7 Kritische Hinterfragung der Gesetzesänderung	64
IV Zusammenfassung und Ausblick	65
Literaturverzeichnis	XI
Zeitschriftenartikel	XI
Andere Quellen.....	XII
Persönliche Erklärung	XIII

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Abs.	Absatz
ASD	Allgemeiner Sozialer Dienst
AV	Amtsvormund
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
bspw.	beispielsweise
d. h.	das heißt
etc.	und so weiter
evtl.	eventuell
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
HPG	Hilfeplangespräch
HzE	Hilfe zur Erziehung
i. d. R.	in der Regel
insbes.	insbesondere
o. ä.	oder ähnliche
SD	Sozialer Dienst
SGB VIII	Kinder- und Jugendhilfegesetz, 8. Sozialgesetzbuch
sog.	sogenannt
u. a.	und andere
V	Vormund
z. B.	zum Beispiel

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Die elterliche Sorge	4
Abbildung 2: Anordnungen durch das Familiengericht	7
Abbildung 3: Gegner und Verbündete	32
Abbildung 4: Ausübung der Tätigkeiten	35
Abbildung 5: Einleitung Sorgerechtsentzugsverfahren	38
Abbildung 6: Teilnahme am Gerichtsverfahren.....	39
Abbildung 7: Teilnahme des Vormunds am Hilfeplangespräch	40
Abbildung 8: Vormund und Hilfeplangespräch.....	41
Abbildung 9: Ablauf des Hilfeplangesprächs	42
Abbildung 10: Absprachen vor einem Hilfeplangespräch	43
Abbildung 11: Einbindung des Vormunds in die Meinungsbildung	44
Abbildung 12: Aufgaben-/Rollenverteilung.....	45
Abbildung 13: Änderungen Informationsaustausch	46
Abbildung 14: Umgang mit unterschiedlichen fachlichen Einschätzungen und dem Entstehen von Konflikten	47
Abbildung 15: Die Qualität einer guten Zusammenarbeit	48
Abbildung 16: Bereiche, die eine gute Kooperation beeinträchtigen	48
Abbildung 17: Allgemeine Einschätzung der Kooperation	49

ANLAGENVERZEICHNIS

Anlage 1: Anschreiben an Jugendämter.....S. XIV

Anlage 2: Fragebogen.....S. XV

Anlage 3: Internetquelle.....S. XXII

I EINLEITUNG

„ASD und Amtsvormund sind keine Gegner, sondern Verbündete zum Wohl des Kindes.“¹

Diese Aussage steht bewusst zu Beginn und trifft sehr genau, worauf der Inhalt dieser Bachelorarbeit fokussiert ist: das „Wohl des Kindes“. Sämtliche Überlegungen, Abwägungsprozesse und schlussendlich jegliche Entscheidungen, müssen sich in ihrer Ausgestaltung daran orientieren, dass jederzeit eine bestmögliche Gewährleistung des Kindeswohls erreicht werden kann. Das Kindeswohl muss dabei durch verschiedene Akteure und Institutionen sichergestellt werden. Auch wenn das „Wohl des Kindes“ oberster Orientierungsmaßstab für das Handeln aller Beteiligten und Institutionen sein sollte, tritt dieser Maßstab aus verschiedenen Gründen hin und wieder zurück.

Die vorliegende Arbeit stellt sich dem **Thema** „Sorgerechtsentzug nach §1666 BGB und die Kooperation zwischen Amtsvormündern und dem Sozialen Dienst“.

Der erste Teil der Bachelorarbeit stellt die gesamte Abfolge von Geschehnissen bei Verdacht auf eine bereits eingetretene oder kurz bevorstehende Kindeswohlgefährdung dar. Nach der Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens auf (Teil-)Entzug der elterlichen Sorge, soll das Verfahren anhand der am 1. 9. 2009 neu in Kraft getretenen Normen des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) erläutert werden. Jedoch wird das Gerichtsverfahren lediglich überblickartig dargestellt. Die einzelnen Verfahrensschritte können aufgrund des weitreichenden Themenumfangs nicht bis ins Detail erörtert werden. Der Fokus liegt außerdem für die gesamte Bachelorarbeit ausschließlich auf bestellten Vormundschaften.

¹ Wolf, Christa, Der sozialpädagogische Amtsvormund und seine Funktion bei der Gewährung von Hilfen zu Erziehung, in: Peter Hansbauer (Hrsg.), Neue Wege in der Vormundschaft, 2002, S.105.

Der eigentliche Schwerpunkt dieser Arbeit liegt im zweiten Teil, in dem es nach (Teil-)Entzug der elterlichen Sorge und der Bestellung eines Amtsvormunds² durch das Gericht um die konkrete Zusammenarbeit zwischen dem Sozialen Dienst im Jugendamt und den Amtsvormündern³ geht. Bezugnehmend auf das einleitend genannte Zitat, ist es in der Praxis nicht immer selbstverständlich, dass der Amtsvormund und der Mitarbeiter des Sozialen Dienstes, zum Wohl des Kindes, konfliktfrei und zielführend kooperieren.

Ziel dieser Bachelorarbeit ist es aufzuzeigen, wo die Schnittstellen und Konfliktfelder zwischen den beiden Arbeitsbereichen liegen und im Hinblick auf das neue Gesetz einen Ausblick für die Praxis herauszuarbeiten.

Um den aktuellen Stand der Kooperation in der Praxis abzubilden, wurde eine schriftliche Befragung durchgeführt, in die alle Jugendämter in Baden-Württemberg miteinbezogen wurden.

Anhand dieser Umfrageergebnisse wird analysiert, wie sich die Zusammenarbeit aktuell ausgestaltet und was sich im Hinblick auf das am 6. 7. 2011 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts verändern wird oder werden muss. Das Gesetz beinhaltet neue Anforderungen und Herausforderungen für die praktische Umsetzung und Zusammenarbeit zwischen den beiden Arbeitsbereichen.

² Der im Rahmen der Bachelorarbeit verwendete Begriff (Amts-)Vormundschaft wird für alle Formen der Wahrnehmung der Personensorge durch das Jugendamt verwendet und schließt somit Pflegschaften mit ein.

³ Aus Vereinfachungsgründen wird auf den folgenden Seiten auf die weibliche Form verzichtet.

II SORGERECHTSENTZUG NACH § 1666 BGB

1. GESETZLICHE GRUNDLAGEN BEI GEFÄHRDUNG DES KINDESWOHLS

1.1 ELTERNRECHT UND STAATLICHES WÄCHTERAMT

Artikel 6 Abs. 2 GG befasst sich mit dem Verhältnis zwischen dem Kind, seinen Eltern und dem Staat:

„Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“

Das sogenannte „Elternrecht“ beinhaltet zunächst ein Abwehrrecht gegen staatliche Eingriffe in die Ausübung der Erziehung durch die Eltern. „Das Elternrecht umfasst die freie Entscheidung, d. h. die Sorge für die seelische und geistige Entwicklung einschließlich der Bildung und Ausbildung des minderjährigen Kindes.“⁴ Treffender kann das „Elternrecht“ auch als „Elternverantwortung“ bezeichnet werden, weil das Grundgesetz neben dem Recht der Eltern auch die **Pflicht** der Pflege und Erziehung des Kindes bestimmt, die gleichzeitig einem Recht des Kindes auf Pflege und Erziehung durch die Eltern entspricht. Kommen Eltern ihrer „Elternverantwortung“ nicht (mehr) im erforderlichen Umfang nach, ist dem Staat nach Abs. 2 S. 2 die Möglichkeit eingeräumt, in das Elternrecht einzugreifen (sog. **Staatliches Wächteramt**).⁵

1.2 ÜBERBLICK ÜBER DIE ELTERLICHE SORGE

Die gesetzlichen Regelungen zur elterlichen Sorge betreffen die Beziehungen zwischen den Eltern und ihren minderjährigen Kindern. Die elterliche Sorge umfasst einerseits die Personensorge, andererseits die Vermögenssorge. Im Rahmen dieser Bachelorarbeit soll die Vermögenssorge nicht vertieft dargestellt werden.

⁴ Siehe Münder, Johannes/Ernst, Rüdiger, Familienrecht, 2009, S. 11.

⁵ Vgl. Münder, Johannes/Ernst, Rüdiger, Familienrecht, 2009, S. 11 ff.; vgl. Münder, Johannes/Wiesner, Reinhard, Meysen, Thomas (Hrsg.), Kinder- und Jugendhilferecht, 2011, S. 571.

Elterliche Sorge			
Personensorge		Vermögenssorge	
tatsächliche Personensorge	gesetzliche Vertretung in Angelegenheiten der Personensorge	tatsächliche Vermögenssorge	gesetzliche Vertretung in Angelegenheiten der Vermögenssorge
Schutz- und Fürsorgemaßnahmen für das Kind, Regelung des Umgangs mit Dritten, Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen		Erhaltung, Vermehrung, Verwaltung des Kindesvermögens	

Abbildung 1: Die elterliche Sorge⁶

Die elterliche Sorge beginnt mit Geburt eines Kindes und endet mit dessen Volljährigkeit (§ 2 BGB). Das Familiengericht kann den Eltern die elterliche Sorge ganz oder teilweise entziehen. Steht den Eltern die elterliche Sorge gemeinsam zu und wird diese nur einem Elternteil entzogen, ist der andere Elternteil kraft Gesetz zur alleinigen elterlichen Sorge befugt (§ 1680 BGB). Wird einem Alleinsorgeberechtigten die elterliche Sorge entzogen, findet vorrangig eine Prüfung durch das Gericht statt, ob dem anderen Elternteil die Sorge zu übertragen ist. Eine Übertragung auf den anderen Elternteil darf dabei dem Wohl des Kindes nicht widersprechen.

Bei Entzug der gesamten elterlichen Sorge, ist für das Kind ein **Vormund**, bei Teilentzug ein **Pfleger** zu bestellen. Die Vormundschaft ersetzt die elterliche Sorge und orientiert sich an deren Inhalten. Mit Einrichten einer Vormundschaft verändern sich die Inhalte der elterlichen Sorge nicht, lediglich die ausführenden Personen wechseln.⁷

⁶ Eigene Darstellung, angelehnt an Münder, Johannes/Ernst, Rüdiger, Familienrecht, 2009, S.146.

⁷ Vgl. Münder, Johannes/Ernst, Rüdiger, Familienrecht, 2009, S.11 f.; vgl. Wolf, 2002, S. 92; vgl. Oberloskamp, Helga, Vormundschaft, Pflegschaft und Beistandschaft für Minderjährige, 2010, § 6 Rd. Nr. 17.

1.3 ERMITTLUNG DER SITUATION UND GEFÄHRDUNGSEINSCHÄTZUNG

In der Regel erlangt das Jugendamt⁸ zunächst Kenntnis über eine eventuelle Kindeswohlgefährdung (z. B. anonymen Anruf eines Nachbarn). Für das Jugendamt besteht dann die Verpflichtung, die **Situation zu ermitteln**. Dazu gehören z. B. Hausbesuche mit Gesprächen mit Eltern und Kind oder die **Einholung von Informationen** im Kindergarten/der Schule oder auch bei den Nachbarn. Außerdem prüft das Jugendamt, ob eine Familie bereits beim Jugendamt bekannt ist und schon Vorgänge vorhanden sind.

Das Gesetz weist dem Jugendamt einen Schutzauftrag zu und fordert bei Vorliegen einer eventuellen Kindeswohlgefährdung eine sog. Risikoeinschätzung (§ 8a Abs.1 SGB VIII). Das Jugendamt hat die Situation festzustellen, diese einzuschätzen und zu bewerten. Für das Jugendamt stellt dieser Prozess der Gefährdungseinschätzung immer eine **Gratwanderung** dar, weil es sowohl getadelt werden kann, wenn es Hinweisen nicht nachgeht und das Gefährdungsrisiko falsch einschätzt, als auch kritisiert wird, wenn es ein Kind ohne ausreichenden Grund seinen Eltern wegnimmt. Das Jugendamt muss letztendlich entscheiden:

- ob das Kind in seiner Familie verbleiben kann, evtl. mit freiwilliger Inanspruchnahme öffentlicher Hilfen durch die Eltern
- ob das Kind aus der Familie herausgenommen werden muss, evtl. können die Eltern auch einverstanden sein
- ob das Familiengericht eingeschaltet werden muss, i. d. R. dann der Fall, wenn sich die Eltern gegen eine Herausnahme des Kindes wehren

Muss das Kind aus der Familie herausgenommen werden, sucht das Jugendamt nach einer passenden Unterbringungsform. Es nimmt Kontakt

⁸ Mit „das Jugendamt“ ist hier und im weiteren Verlauf der **Soziale Dienst** gemeint, wenn nicht gesondert darauf hingewiesen wird, dass der Bereich Vormundschaft im Jugendamt gemeint ist.

mit einer geeigneten Pflegefamilie auf oder sucht nach einem Platz in einem in Frage kommenden Heim.

Daraufhin regt das Jugendamt eine familiengerichtliche Maßnahme an. Bei Gefahr im Verzug kommt auch eine vorläufige Maßnahme (einstweilige Anordnung, siehe Punkt 2.3) in Betracht.⁹

1.4 ANREGUNG EINER FAMILIENGERICHTLICHEN MASSNAHME UND EINLEITUNG DES VERFAHRENS

Ein familiengerichtliches Verfahren kann auf zweierlei Weise eingeleitet werden: auf Antrag oder von Amts wegen. In Verfahren nach § 1666 BGB zur Abwendung einer Kindeswohlgefährdung wird das Familiengericht **von Amts wegen** tätig. Zur Einleitung des Verfahrens kann jedermann die **Verfahrenseinleitung anregen** (§ 24 FamFG). „Die Anregung dient lediglich der Informationsgewinnung für das Gericht.“¹⁰ Die Person, die das Verfahren anregt, erlangt allein durch die Anregung der Maßnahme keine besondere Rechtsstellung. Denkbar sind Fälle, in denen ein Dritter das Familiengericht auf eine mögliche Gefährdung des Kindeswohls aufmerksam macht und das Gericht dann frei entscheidet, ob es das Verfahren einleitet oder nicht.¹¹

In der Praxis häufiger sind jedoch die Fälle, in denen das Jugendamt einen (teilweisen) Sorgerechtsentzug anregt. Das Gericht ist auf Informationen durch andere Institutionen, insbesondere dem Jugendamt, angewiesen, weil es im eigenen Tätigkeitsbereich keine Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung gewinnt.¹²

⁹ Vgl. Fieseler, Gerhard/Herborth, Reinhard, Recht der Familie und Jugendhilfe, 2010, S. 285; Münder, Johannes u. a., 2011, S.178 ff.

¹⁰ Siehe Bress-Brandmaier, Martina/Gühlstorf, Torsten, Das FamFG – Die Reform des familienrechtlichen Prozessrechts, in: ZfF 9/2010, S. 194.

¹¹ Vgl. Bress-Brandmaier, Martina/Gühlstorf, Torsten, Das FamFG – Die Reform des familienrechtlichen Prozessrechts, in: ZfF 9/2010, S. 194.

¹² Vgl. Interdisziplinäre Zusammenarbeit im Kinderschutz: Aufgaben der beteiligten Institutionen und Empfehlungen für örtliche Netzwerke, Veröffentlichung des KVJS und verschiedene Ministerien, 2009, S. 14.

Im Jahr 2010 wurde das Familiengericht in 16197 Fällen (ganz Deutschland) zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge angerufen. In 12681 Fällen, d. h. in 78,29%, wurden dann auch gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge angeordnet. Die Quote ist in Baden-Württemberg mit 56,85% deutlich niedriger. 1562 Mal wurde hier das Familiengericht angerufen, wobei dann lediglich in 888 Fällen die elterliche Sorge komplett oder teilweise entzogen wurde.¹³

Nachstehende Grafik veranschaulicht in Prozent, wie oft **nach einer Anrufung des Familiengerichts** Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge angeordnet wurden:

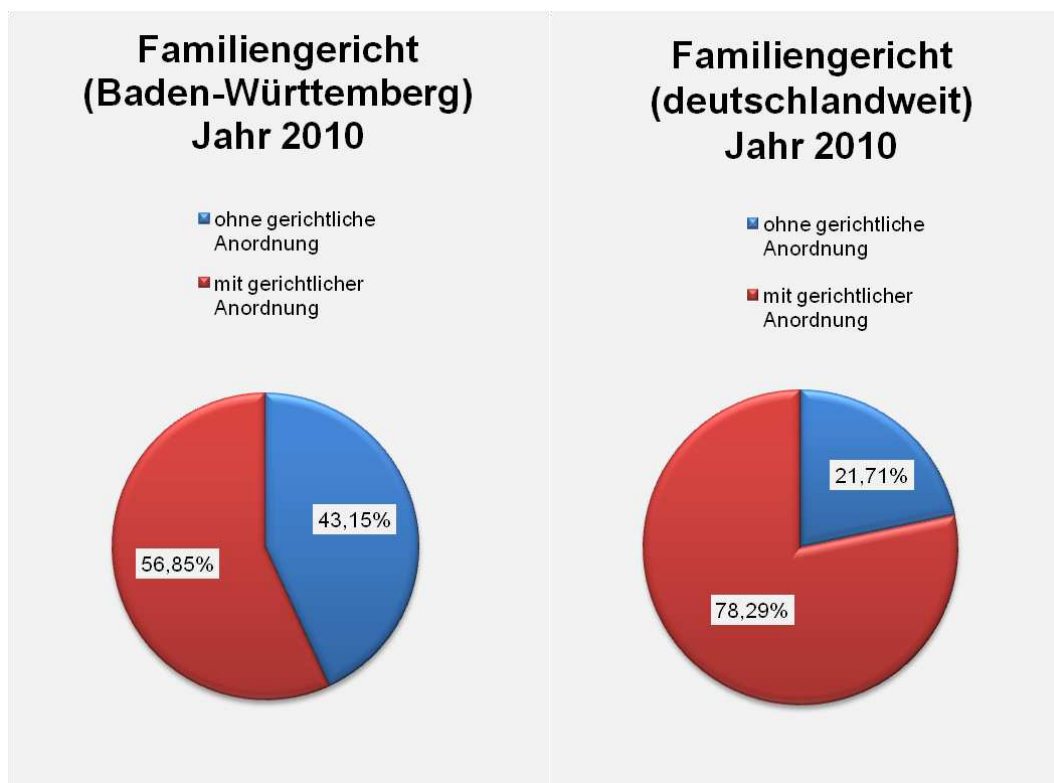


Abbildung 2: Anordnungen durch das Familiengericht

¹³ Statistik der Kinder- und Jugendhilfe 2010, Statistisches Bundesamt, S. 7 u. 11.

2. DAS FAMILIENGERICHTLICHE VERFAHREN AUF ENTZUG DER ELTERLICHEN SORGE

2.1 ALLGEMEINES

2.1.1 NEUE GESETZLICHE GRUNDLAGEN IM RICHTLICHEN VERFAHREN

Am 1. 9. 2009 trat das „Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit“ (FamFG) in Kraft und reformierte das familiengerichtliche Verfahren von Grund auf. Mit der Abschaffung des Vormundschaftsgerichts wurde das große Familiengericht geschaffen. Ein Grund für diese Neuerung ist der enge sachliche Zusammenhang zwischen einer familiengerichtlichen Entscheidung bezogen auf die Regelung der elterlichen Sorge und der anschließenden Einrichtung einer Vormundschaft.¹⁴ § 111 FamFG fasst unter dem Begriff „Familiensachen“ alle Verfahren zusammen, für die das neu geschaffene große Familiengericht zuständig ist.¹⁵ Zu den Familiensachen gehören auch die sogenannten Kindschaftssachen.

2.1.2 BEGRIFF DER KINDSCHAFTSSACHEN

§ 151 FamFG definiert den Begriff der Kindschaftssachen neu. Sämtliche Angelegenheiten, von denen das Kind unmittelbar betroffen ist, sind nun dem Familiengericht zugewiesen. Hierzu zählen unter anderem Verfahren zur Regelung der elterlichen Sorge (Nr.1) und der Vormundschaft/Ergänzungspflegschaft (Nr. 4 und 5). Die Maßnahmen nach § 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) zur Abwendung einer Gefährdung des Kindeswohls oder -vermögens werden in Verfahren, die elterliche Sorge betreffend, getroffen. Nr. 4 und 5 erfassen Verfahren, die im Zusammenhang mit der Bestellung, Beendigung oder Führung einer

¹⁴ Vgl. Gottschalk, Yvonne, Das familiengerichtliche Verfahren, in: Helga Oberloskamp (Hrsg.), Vormundschaft, Pflegschaft und Beistandschaft für Minderjährige, 2010, S. 33 f.

¹⁵ Vgl. Niepmann, Birgit/Rakete-Dombek, Ingeborg in: Thomas Meysen (Hrsg.), Das Familienverfahrensrecht – FamFG, 2009, S. 336.

Vormundschaft/Pflegschaft und der Ausübung der Personen- oder Vermögenssorge durch einen Vormund oder Ergänzungspfleger stehen.¹⁶

2.1.3 AMTSVERFAHREN UND AMTSERMITTLUNGSGRUNDSATZ

In Verfahren nach den §§ 1666 BGB wird der **Sachverhalt von Amts wegen ermittelt**. „Gemäß § 26 FamFG hat das Gericht nunmehr von Amts wegen die zur Feststellung der entscheidungserheblichen Tatsachen erforderlichen Ermittlungen durchzuführen.“¹⁷ Grundsätzlich verpflichtet § 27 FamFG die Verfahrensbeteiligten zur Mitwirkung bei der Sachverhaltsermittlung, diese Vorschrift wird durch § 28 FamFG ergänzt. Weil dem Gericht die Verfahrensleitung obliegt, soll es darauf hinwirken, dass die nötigen Erklärungen und Angaben gemacht werden.¹⁸ Zur Feststellung der örtlichen Zuständigkeit ist der Zeitpunkt maßgeblich, wann das Gericht von der Sache Kenntnis erlangt. Das ist in Amtsverfahren der Fall bei Kenntnisnahme der Tatsachen, die Anlass zu einer gerichtlichen Maßnahme geben können.¹⁹

2.1.4 ZUSTÄNDIGKEIT

Die örtliche Zuständigkeit wird in § 152 FamFG neu geregelt. Diese kann nur aus wichtigem Grund abgegeben werden (§ 4 FamFG). Ist eine Ehesache im ersten Rechtszug anhängig, liegt die Zuständigkeit für Kindschaftssachen, die gemeinsame Kinder der Ehegatten betreffen, beim für die Ehesache zuständigen Gericht (Abs. 1).

Ist keine Ehesache anhängig, richtet sich die Zuständigkeit nach dem **gewöhnlichen Aufenthalt** des Kindes (Abs. 2). Der Wohnsitz des Kindes spielt dabei keine Rolle, vielmehr muss geprüft werden, wo der Ort des tatsächlichen Lebensmittelpunktes des Kindes liegt und wo das Kind in familiärer und schulischer/beruflicher Hinsicht den Schwerpunkt seiner

¹⁶ Vgl. Meysen, Thomas, Das Familienverfahrensrecht – FamFG, 2009, S. 444 ff.

¹⁷ Siehe Bress-Brandmaier, Martina/Gühlstorf, Torsten, 2010, S. 195.

¹⁸ Vgl. Bress-Brandmaier, Martina/Gühlstorf, Torsten, 2010, S. 195.

¹⁹ Vgl. Koritz, Nikola, Das neue FamFG, 2009, S. 57.

sozialen Bindungen hat.²⁰ Der Daseinsmittelpunkt des Kindes „ist selbständig und unabhängig vom gewöhnlichen Aufenthalt des/der Sorgeberechtigten zu bestimmen, fällt aber häufig mit dem Aufenthalt der Hauptbetreuungspersonen zusammen.“²¹

Wenn keine Ehesache anhängig ist und das Kind keinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat, ist der **Ort des Fürsorgebedürfnisses** der maßgebliche Anknüpfungspunkt für die Feststellung der örtlichen Zuständigkeit (Abs. 3). Diese Zuständigkeitsregelung ist dann maßgeblich, wenn ein Kind (noch) keinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat bzw. dieser nicht feststellbar ist oder wenn sich das Kind im Ausland aufhält und dort der gewöhnliche Aufenthalt liegt.²²

2.1.5 BETEILIGTE IN KINDSCHAFTSSACHEN

§ 7 FamFG regelt den Begriff des Beteiligten und unterscheidet zwischen Beteiligten kraft Gesetzes (Abs. 1) und Beteiligten kraft Heranziehung (Abs. 2). Beteiligter kraft Gesetz ist in Antragsverfahren der Antragsteller. Personen, die durch eine Gerichtshandlung die Beteiligtenstellung erhalten, werden als Beteiligte kraft Hinzuziehung bezeichnet. Absatz 2 benennt die sogenannten Mussbeteiligten, d. h. diejenigen Beteiligten, zu deren Hinzuziehung das Gericht verpflichtet ist. Gemäß Abs. 2 Nr. 1 FamFG **sind** die Personen, deren Rechte durch das Verfahren unmittelbar betroffen sind, zum Verfahren hinzuziehen. Im Gerichtsverfahren wegen einer Kindeswohlgefährdung haben das Kind und die Elternteile, denen die elterliche Sorge zusteht, deshalb eine formelle Beteiligtenstellung (§7 Abs. 2 Nr. 1 FamFG). Auch der Verfahrensbeistand (siehe Nr. 2.4.3) ist formell Beteiligter des Verfahrens (§ 158 Abs. 3 S. 2 FamFG). Das Jugendamt wirkt gemäß § 162 Abs. 1 FamFG in allen die Person des Kindes betreffenden Verfahren mit. Die formelle Beteiligtenstellung erlangt das Jugendamt nur auf eigenen Antrag hin (§ 162 Abs. 2 FamFG). Das

²⁰ Vgl. Stöber, Eberhard, Das neue Verfahren in Kindschaftssachen, in: FamRZ 2009, Heft 8, S. 656 f.

²¹ Siehe Meysen, 2009, S. 449.

²² Meysen, 2009, S. 449 f.

Jugendamt kann also wählen, ob es lediglich vom Mitwirkungsrecht Gebrauch macht oder als formell Beteiligter am Verfahren mitwirken will. „Die Beteiligtenstellung hat den Vorteil, dass das Jugendamt verlässlich über allen Schriftverkehr, alle Beweisergebnisse und alle Verfahrensschritte informiert wird, zu allen Terminen zu laden ist und formelle Anträge im Verfahren stellen kann.“²³ Grundsätzlich sollte abgewogen werden, ob das Jugendamt über die formelle Beteiligtenstellung dem Wohl des Kindes besser gerecht wird. Als Beteiligter kann das Jugendamt jedoch auch grundsätzlich zu Kosten des Verfahrens herangezogen werden, die das Gericht dem Jugendamt „nach billigem Ermessen“ auferlegen kann (§ 81 Abs. 1 FamFG). Ohne Innehaben der Beteiligtenstellung können dem Jugendamt Kosten nur dann auferlegt werden, wenn es das Tätigwerden des Gerichts veranlasst und sich dabei grobes Verschulden zu Schulden kommen lassen hat.²⁴

2.2 VORRANG- UND BESCHLEUNIGUNGSGEBOT

§ 155 FamFG beinhaltet das Vorrang- und Beschleunigungsgebot in Kindschaftssachen. Dabei **sind** Kindschaftssachen betreffende Verfahren wegen einer Gefährdung des Kindeswohls vorrangig und beschleunigt durchzuführen (Abs. 1). Das Beschleunigungsgebot beinhaltet die Regelung, dass spätestens innerhalb von einem Monat vom Gericht ein **Termin** anberaumt werden muss, an dem alle Beteiligten teilzunehmen haben. Das Jugendamt ist bei diesem Termin anzuhören (Abs. 2). Gemäß Abs. 3 soll das persönliche Erscheinen aller Beteiligten vom Gericht angeordnet werden. Eine Vertretung der Beteiligten ist nicht möglich. Eine Verlegung des Termins ist nur aus zwingenden Gründen zulässig (Abs. 2 S. 4). Die Gründe sind von den Beteiligten stets mit dem Verlegungsgesuch glaubhaft zu machen. Nur bei zwingenden Gründen ist eine Verlegung zulässig, dazu gehören Erkrankungen, die eine Teilnahme

²³ Siehe Positionspapier „Familienrecht und Soziale Dienste im Jugendamt“, vorgelegt von der Ständigen Fachkonferenz 2, DIJuF (Hrsg.), 2010, S. 9.

²⁴ Vgl. Positionspapier „Familienrecht und Soziale Dienste im Jugendamt“, vorgelegt von der Ständigen Fachkonferenz 2, DIJuF (Hrsg.), 2010, S.9; Meysen 2009, S. 58 f.

unmöglich machen, oder berufliche/persönliche Terminkollisionen, wenn deren Verschiebung oder Absage unzumutbar ist.

Insgesamt soll durch die neue Regelung, die bisher übliche Verfahrensdauer von durchschnittlich sechs bis sieben Monaten deutlich verkürzt werden.²⁵ Die Funktion des frühen ersten Termins liegt nicht in einer möglichst schnellen Entscheidung. Das Familiengericht soll im frühen Termin vielmehr sondieren und sortieren, ob zum Beispiel im Falle einer Kindeswohlgefährdung die Inanspruchnahme öffentlicher Hilfen in Betracht kommt und ggf. anzuordnen ist (§ 1666 Abs. 3 Nr. 1 BGB). Alle Beteiligten sollen ihre Ansicht persönlich vorbringen können. Ein schriftlicher Vortrag wird aufgrund der kurzen Zeit häufig nicht möglich sein und ist auch nicht gefordert. Ist das Kindeswohl gefährdet, wird eine Terminierung vor Ablauf eines Monats angebracht sein. Den Beteiligten muss auch dann zeitnah rechtliches Gehör gewährt werden, wenn eine Trennung des Kindes von den Eltern bereits erfolgt ist (z. B. aufgrund einer Inobhutnahme durch das Jugendamt) oder wenn vor einem mündlichen Termin eine einstweilige Anordnung erlassen wird.²⁶

2.3 UNVERZÜGLICHE PRÜFUNG EINER EINSTWEILIGEN ANORDNUNG

Gemäß § 157 Abs. 3 FamFG hat das Gericht in Verfahren nach den §§ 1666 und 1666a BGB unverzüglich den Erlass einer einstweiligen Anordnung zu prüfen. Für eine einstweilige Anordnung kommen lediglich **vorläufige Maßnahmen** in Betracht. Gleichzeitig darf durch eine einstweilige Anordnung (§ 49 FamFG) das Hauptsacheverfahren nicht vorweggenommen werden. Für ein sofortiges Tätigwerden des Gerichts ist ein dringendes Bedürfnis erforderlich. „Ein dringendes Bedürfnis wird regelmäßig zu bejahen sein, wenn ein Zuwarten bis zur Entscheidung in einer etwaigen Hauptsache nicht ohne Eintritt erheblicher Nachteile möglich wäre.“²⁷ Nach den neuen Regelungen des FamFG sind Hauptsacheverfahren und einstweilige Anordnungen unabhängige,

²⁵ Vgl. Bress-Brandmaier, Martina/Gühlstorf, Torsten, 2010, S. 205.

²⁶ Meysen, 2009, S. 455-458.

²⁷ Siehe Koritz, 2009, S. 98.

voneinander getrennte Verfahren (§ 51 Abs. 3 FamFG). Ein einstweiliges Anordnungsverfahren muss nicht zwingend ein Hauptsacheverfahren nach sich ziehen. In Verfahren betreffend die elterliche Sorge ist die Entscheidung grundsätzlich anfechtbar (§ 57 S. 1 Nr. 1 FamFG). Gemäß § 63 Abs. 2 FamFG gilt dann eine zweiwöchige Beschwerdefrist.²⁸

2.4 ERÖRTERUNG DER KINDESWOHLGEFÄHRDUNG

2.4.1 FUNKTION DES ERÖRTERUNGSTERMINS

§ 157 FamFG regelt den Erörterungstermin in Verfahren wegen einer potenziellen Kindeswohlgefährdung und gibt Anregungen für den Inhalt eines Erörterungstermins. Zu unterscheiden ist der Erörterungstermin als früher erster Termin (nach § 155 Abs. 2, siehe Punkt 2.2) von der Erörterung der Kindeswohlgefährdung nach § 157 FamFG. „Die Erörterung nach § 157 bietet sich im frühen Termin zwar häufig an, ist aber weder vorgeschrieben noch auf den Termin nach § 155 Abs. 2 beschränkt.“²⁹ Das Familiengericht entscheidet frei, wie und wann eine Erörterung der Kindeswohlgefährdung ins Verfahren integriert wird.

Das Gericht soll im Erörterungstermin früher und präventiv auf das Geschehen einwirken. In der Vergangenheit wurde das Familiengericht meist mit dem Ziel angerufen, die elterliche Sorge zu entziehen. Das Gericht soll darauf hinwirken, die Eltern zu einem gemeinsamen Gespräch zu bewegen, und niederschwellige Maßnahmen, wie etwa die Weisung, eine spezielle Hilfe anzunehmen, anordnen. Durch die frühe Intervention des Gerichts soll möglichst weniger oft die elterliche Sorge entzogen werden müssen.³⁰

2.4.2 ANHÖRUNGEN

Eine Anhörung der **Eltern** ist in Verfahren nach den §§ 1666, 1666a BGB wegen einer möglichen Kindeswohlgefährdung **zwingend** erforderlich (§

²⁸ Vgl. Koritz, 2009, S. 98-104.

²⁹ Siehe Meysen, 2009, S. 472.

³⁰ Vgl. Buck, Jens, FamFG: Die Rolle des Jugendamts im familiengerichtlichen Verfahren - neue Chancen und Perspektiven, in: Das Jugendamt, 04/2010, S. 164.

160 Abs. 1 S. 2 FamFG). Auch ein nicht sorgeberechtigter Elternteil ist anzuhören. Die Anhörung muss grundsätzlich mündlich erfolgen und kann im Rahmen des Erörterungstermins nach § 157 Abs. 1 FamFG erfolgen. Das Gericht gestaltet die persönliche Anhörung nach pflichtgemäßem Ermessen, es kann auch eine getrennte Anhörung beider Elternteile sinnvoll sein. Von der gebotenen Anhörung darf nur aus schwerwiegenden Gründen abgesehen werden (§ 160 Abs. 3 FamFG). Ein solcher Grund liegt dann vor, wenn die Anhörungsfähigkeit offensichtlich fehlt, bei bestehender Gesundheitsgefahr und wenn ein Aufenthalt nicht zu ermitteln bzw. die Person wegen eines zeitlich nicht absehbaren Auslandsaufenthalts nicht zu erreichen ist. Wurden die Eltern wegen Gefahr im Verzug und ggf. im Wege des Erlasses einer einstweiligen Anordnung nicht angehört, ist diese unverzüglich nachzuholen.

Ein **Kind**, das bereits 14 Jahre alt ist, muss in allen Verfahren, in denen es betroffen ist, mündlich angehört werden (§ 159 Abs. 1 S. 1 FamFG). Ein Kind, das das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ist laut Gesetzestext dann anzuhören, wenn Neigungen, Bindungen oder der Wille des Kindes für die Entscheidung von Bedeutung sind (§ 159 Abs. 2 FamFG). Dies ist in Verfahren wegen Gefährdung des Kindeswohls regelmäßig der Fall. Eine Anhörung entfällt dann, wenn diese wegen des Alters des Kindes noch nicht stattfinden kann, im Alter ab sechs Jahren ist eine Anhörung grundsätzlich geboten. Von einer Anhörung des Kindes darf nur aus schwerwiegenden Gründen abgesehen werden. Dies ist dann der Fall, wenn das Kind durch die Anhörung aus seinem seelischen Gleichgewicht gebracht und eine Beeinträchtigung seines Gesundheitszustands zu befürchten ist. Eine Anhörung ist gem. § 159 Abs. 4 S. 4 FamFG unverzüglich nachzuholen, wenn diese wegen Gefahr im Verzug nicht erfolgt ist (etwa wegen dem Erlass einer einstweiligen Anordnung). Während der Anhörung soll das Kind über den Gegenstand, Ablauf und möglichen Ausgang des Verfahrens in einer geeigneten und seinem Alter entsprechenden Weise informiert werden (Abs. 4). Ist ein Verfahrensbeistand bestellt, (mehr dazu s. Punkt 2.4.3) soll die Kindesanhörung in

dessen Anwesenheit stattfinden. § 159 Abs. 5 S. 4 FamFG regelt, dass die Gestaltung der persönlichen Anhörung in das Ermessen des Gerichts gestellt ist. Das Gericht entscheidet zum Beispiel darüber, ob der Verfahrensbeistand Fragen an das Kind stellen darf, in welchen Räumlichkeiten die Anhörung erfolgt (häusliche Umgebung, Schule, Kindergarten, im Gericht) und ob ein Vertreter des Jugendamts anwesend sein darf. Das Gericht entscheidet auch, ob die Anhörung im Rahmen des Erörterungstermins oder zu einem anderen Zeitpunkt durchgeführt wird. „Die Anwesenheit der Eltern oder ihrer Verfahrensbevollmächtigten ist dagegen regelmäßig nicht sachgerecht.“³¹ Durch die Anhörung in Abwesenheit der Eltern soll sichergestellt werden, dass das Kind in einer geschützten Gesprächssituation seine Wünsche, aber auch seine Ängste offen und unbeeinflusst formulieren und dem Gericht gegenüber äußern kann. Bei sehr kleinen Kindern kann die Anwesenheit der Eltern jedoch angebracht sein, wenn Eltern sonst nicht zu einem Gespräch mit dem Richter bewegt werden können und das Verhalten dieser Kinder beobachtet werden soll.

Auch das **Jugendamt** muss in Verfahren betreffend die Person des Kindes angehört werden (§ 162 Abs. 1 S. 1 FamFG). Die Anhörungen des Jugendamts gemäß §§ 155 Abs. 2 S. 3 und §157 Abs. 1 S. 2 erfolgen mündlich. Bei Gefahr in Verzug kann eine einstweilige Anordnung auch schon vor einer Anhörung des Jugendamts ergehen. Die Anhörung ist dann unverzüglich nachzuholen.³²

2.4.3 DER VERFAHRENSBEISTAND

In sämtlichen Verfahren, wenn die teilweise oder vollständige Entziehung der Personensorge in Betracht kommt, ist für das Kind ein Verfahrensbeistand (bisher: Verfahrenspfleger) zu bestellen (§ 158 Abs. 2 Nr. 2 FamFG). Der Verfahrensbeistand vertritt die Kindesinteressen im Verfahren. Abs. 4 zeigt auf, dass der Verfahrensbeistand das Kind über

³¹ Siehe Stöber, 2009, S. 660.

³² Vgl. Stöber, 2009, S. 659 ff; Vgl. Meysen 2009, S. 488.

den Gegenstand, Ablauf und möglichen Ausgang des Verfahrens zu informieren hat.³³ Ziel der Einrichtung einer Verfahrensbeistandschaft ist es, die kindlichen Belange festzustellen und im Gerichtsverfahren einzubringen. Der Verfahrensbeistand hat die Interessen des Kindes vor dem Hintergrund seiner Lebenssituation zu bewerten. Weil bei möglichen bevorstehenden Eingriffen in die elterliche Sorge große Interessensgegensätze entstehen, ist das Kind auf eine Vertretung durch eine unabhängige Person angewiesen.³⁴

2.4.4 BEWEISAUFNAHME, SACHVERSTÄNDIGENGUTACHTEN

Das Gericht entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen, auf welche Art und Weise die entscheidungserheblichen Tatsachen festgestellt werden sollen (§ 30 Abs. 1 FamFG). In Betracht kommen der Freibeweis oder eine förmliche Beweisaufnahme (insbesondere Zeugenbeweis und Beweis durch Sachverständige). „Nach § 30 III FamFG soll aber eine förmliche Beweisaufnahme über die Richtigkeit einer Tatsachenbehauptung stattfinden, wenn das Gericht seine Entscheidung maßgeblich auf die Feststellung dieser Tatsache stützen will und die Richtigkeit von einem Beteiligten ausdrücklich bestritten wird. Maßstab für die Entscheidung in Kindschaftssachen ist das Kindeswohl.“³⁵ Völlig ausgeschlossen ist nach § 163 Abs. 3 FamFG jedoch eine Vernehmung des Kindes als Zeuge. Eine zusätzliche Belastung des Kindes muss in jedem Fall vermieden werden. Lediglich im Rahmen einer behutsamen Anhörung nach § 159 FamFG, dürfen zur Ermittlung des Sachverhalts Informationen von Kindesseite aus eingeholt werden.

Mit Anordnung einer schriftlichen Begutachtung in einer Kindschaftssache ist dem Sachverständigen zwingend eine Frist zu setzen, bis wann das

³³ Vgl. Positionspapier „Familienrecht und Soziale Dienste im Jugendamt“, vorgelegt von der Ständigen Fachkonferenz 2, DIJuF (Hrsg.), 2010, S. 9.

³⁴ Vgl. Stötzl, Manuela, in: Thomas Meysen (Hrsg.), Das Familienverfahrensrecht - FamFG, 2009, S. 475 ff.

³⁵ Siehe Stöber, Eberhard, Das neue Verfahren in Kindschaftssachen, in: FamRZ 2009, Heft 8, S. 662.

Gutachten einzureichen ist (§ 163 Abs. 1 FamFG). Eventuell muss auf Wunsch des Sachverständigen nachträglich eine Fristverlängerung erfolgen, wenn die Frist zum Beispiel wegen mangelnder Mitwirkung der Beteiligten nicht eingehalten werden kann.³⁶

2.5 MATERIELL-RECHTLICHE PRÜFUNG DES EINZELFALLS

2.5.1 VORAUSSETZUNGEN FÜR EIN EINGREIFEN DES FAMILIENGERICHTS

§ 1666 BGB ist die zentrale Rechtsnorm im Kinderschutz und Ausdruck des staatlichen Wächteramts. Das Familiengericht darf nur dann tätig werden, wenn gemäß §§ 1666, 1666a BGB folgende Voraussetzungen vorliegen:

- Gefährdung des Kindeswohls

Der Begriff „Wohl des Kindes“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar und ist der oberste Maßstab für gerichtliche Entscheidungen zur Regelung der elterlichen Sorge. „Das Gesetz macht mit der Unterscheidung von körperlichem, geistigem und seelischem Kindeswohl deutlich, dass es um den umfassenden Schutz des in der Entwicklung befindlichen Kindes geht.“³⁷ Die Grenzen zwischen den einzelnen Gefährdungszonen sind fließend. Erfährt ein Kind schwere körperliche Misshandlungen, geht damit auch eine Gefährdung der seelischen Entwicklung des Kindes einher. Wenn eine Gefährdung des Kindes bereits eingetreten ist und ein Kind bereits einen Schaden erlitten hat, sind Eingriffe in das Elternrecht immer gerechtfertigt. Für einen Eingriff des Familiengerichts genügt aber auch eine gegenwärtige Gefährdung des Kindeswohls. Dabei ist sehr wahrscheinlich, dass eine Kindeswohlgefährdung unumgänglich ist, wenn das Familiengericht nicht eingreift.³⁸ Laut Definition des BGH muss es sich „um eine gegenwärtige, in einem solchen Maße vorhandene Gefahr handeln, dass sich voraussagen lässt, dass bei unveränderter

³⁶ Vgl. Stöber, Eberhard, Das neue Verfahren in Kindschaftssachen, in: FamRZ 2009, Heft 8, S. 662 f.

³⁷ Siehe Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, 2011, S. 1983.

³⁸ Vgl. Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, 2011, S. 1983.

Weiterentwicklung der Verhältnisse bei dem Kind mit ziemlicher Sicherheit eine erhebliche Schädigung eintritt.“³⁹

- Die Eltern müssen entweder nicht gewillt oder nicht in der Lage sein, die bestehende oder bevorstehende Gefährdung von ihrem Kind abzuwenden

Es kommt nicht auf die Gründe an, **weshalb** die Eltern ihrer Elternpflicht nicht nachkommen (z. B. aus Unfähigkeit, Unwilligkeit oder Gleichgültigkeit). Das Familiengericht darf erst dann tätig werden, wenn absehbar ist, dass die Eltern auch in Zukunft nicht gewillt oder in der Lage sind, die Gefahr für ihr Kind abzuwenden (Zukunftsprognose). Es kommt entscheidend darauf an, ob die Sorgeberechtigten bereit sind, die vom Jugendamt angebotenen Hilfen (Hilfe zur Erziehung nach den §§ 27 ff. SGB VIII) anzunehmen. Auch wenn eine Kindeswohlgefährdung besteht oder unmittelbar droht und somit eine entsprechende Gefährdungslage vorliegt, darf das Gericht keine Maßnahmen nach § 1666 BGB erlassen, wenn die Eltern einer Hilfe zur Erziehung zustimmen! Nur wenn die Eltern keine Einsicht bzw. Kooperationsbereitschaft zeigen, wird das Jugendamt regelmäßig das Familiengericht informieren, sodass auch gegen den Willen der Eltern entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden können.⁴⁰

- Zur Abwehr der Kindeswohlgefährdung müssen konkrete Maßnahmen des Familiengerichts erforderlich und geeignet sein

Liegen die Voraussetzungen für ein Eingreifen des Gerichts nach § 1666 BGB vor, hat das Gericht die erforderlichen Maßnahmen zur Abwendung der Gefahr für das Kind zu treffen. Die vom Gericht anzuordnenden Maßnahmen unterliegen grundsätzlich dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nach § 1666a BGB, und es muss stets der Grundsatz des **geringstmöglichen Eingriffs** beachtet werden. Wenn die Situation des Kindes verbessert wird, ist eine Maßnahme **geeignet**. Die Maßnahmen

³⁹ BGH FamRZ 56, 350.

⁴⁰ Vgl. Mündler, Johannes/Ernst, Rüdiger, Familienrecht, 2009, S. 165 f.

sind dann **erforderlich**, wenn das Sorgerecht nicht komplett, sondern nur teilweise entzogen wird, wenn ein teilweiser Sorgerechtsentzug ausreicht.⁴¹

2.5.2 MASSNAHMEN DES FAMILIENGERICHTS

Wie bereits erläutert, hat das Familiengericht zur Abwendung einer Gefahr für das Kind die Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind. Die sich durch die offene Formulierung im Gesetz ergebende Vielzahl von verschiedenen möglichen Maßnahmen, wurde von den Gerichten jedoch bisher nicht in vollem Umfang genutzt. Meist wurde die elterliche Sorge komplett oder teilweise entzogen und niederschwellige Maßnahmen seltener angeordnet. Die Nummern 1-6 in § 1666 BGB stellen beispielhaft verschiedene mögliche Maßnahmen des Gerichts dar und sollen der bisherigen Praxis entgegenwirken. Vorrangig zum Sorgerechtsentzug sollen durch das Gericht niederschwellige Maßnahmen angeordnet werden. Das Gericht kann z. B. den Eltern die Weisung erteilen, öffentliche Hilfen (Nr. 1) in Anspruch zu nehmen. Die §§ 27 ff. SGB VIII regeln die Hilfen zur Erziehung, wozu z. B. die Inanspruchnahme einer Erziehungsberatung, sozialen Gruppenarbeit oder einer sozialpädagogischen Familienhilfe gehören. Bei Gefährdung des Kindeswohls hat das Gericht auch weiterhin die Möglichkeit, neben den Maßnahmen, die in § 1666 BGB lediglich beispielhaft aufgeführt sind, weitere Maßnahmen zu treffen.⁴²

2.6 DIE ENTSCHEIDUNG DES GERICHTS

Das Familiengericht trifft seine Entscheidung in Form eines Beschlusses. Wird die Eingriffsschwelle nicht erreicht und ist damit das Kindeswohl nicht gefährdet, ist das gerichtliche Verfahren nach § 1666 BGB vom Gericht einzustellen.⁴³ Gemäß § 162 Abs. 3 S. 1 FamFG ist die Entscheidung des Gerichts allen Beteiligten und dem Jugendamt, auch unabhängig von der

⁴¹ Vgl. Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, 2011, S. 1986.

⁴² Vgl. Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, 2011, S. 1986.

⁴³ Vgl. Stöber, Eberhard, Das neue Verfahren in Kindschaftssachen, in: FamRZ 2009, Heft 8, S. 664.

Beteiligtenstellung, bekannt zu machen. „Gegen die familiengerichtliche Entscheidung haben nicht nur die Eltern und das Kind oder der Jugendliche, sondern – unabhängig davon, wie sie ausgefallen ist – auch der Verfahrensbeistand und das Jugendamt das Recht, **Beschwerde** einzulegen (§ 58 Abs. 1, § 158 Abs. 4 S. 5, § 162 Abs. 3 S. 2 FamFG).“⁴⁴ § 57 S. 2 FamFG regelt, dass auch gegen eine einstweilige Anordnung Beschwerde eingelegt werden kann.

Das Jugendamt hat auch ohne Innehaben der formellen Beteiligtenstellung die Beschwerdemöglichkeit.⁴⁵

2.7 ABÄNDERUNG UND ÜBERPRÜFUNG VON ENTSCHEIDUNGEN

§ 166 Abs. 1 verweist auf § 1696 BGB. Wenn keine Gefahr mehr für das Kindeswohl besteht oder die Maßnahme nicht mehr erforderlich ist, muss das Gericht eine kindesschutzrechtliche Maßnahme **aufheben** (§ 1696 Abs. 2 BGB). Zu den „Kinderschutzrechtlichen Maßnahmen“ zählen auch Maßnahmen nach § 1666 BGB, die zur Abwendung einer Kindeswohlgefährdung beitragen. Mit der **Änderung** (Abs. 1) durch das Gericht soll dem Grundsatz der Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der familiengerichtlichen Maßnahmen Rechnung getragen werden.⁴⁶

Das Gericht hat nach § 166 Abs. 2 FamFG eine länger dauernde kindesschutzrechtliche Maßnahme nach § 1666 BGB, insbesondere bei einem Entzug der elterlichen Sorge, in angemessenen Zeitabständen zu **überprüfen**. Die Überprüfung ist vom Gericht von Amts wegen durchzuführen, „regelmäßig durch die Bitte an das Jugendamt, die durchgeführten Hilfen mitzuteilen und zur Notwendigkeit des

⁴⁴ Siehe Positionspapier „Familienrecht und Soziale Dienste im Jugendamt“, vorgelegt von der Ständigen Fachkonferenz 2, DIJuF (Hrsg.), 2010, S. 9.

⁴⁵ Vgl. Positionspapier „Familienrecht und Soziale Dienste im Jugendamt“, vorgelegt von der Ständigen Fachkonferenz 2, DIJuF (Hrsg.), 2010, S. 9 f.

⁴⁶ Vgl. Meysen, 2009, S. 506 f.; BT-Drucks. 16/6308, S. 346.

Fortbestehens der Maßnahme Stellung zu nehmen.“⁴⁷ Das Gericht kann auch die Eltern oder das Kind erneut anhören.

Sieht das Familiengericht von einer Maßnahme nach § 1666 BGB ab, soll es diese Entscheidung in einem angemessenen Zeitabstand, in der Regel nach 3 Monaten, überprüfen (§ 166 Abs. 3 FamFG). Absatz 3 verlangt eine einmalige Überprüfung der Gerichtsentscheidung und beabsichtigt keine Dauerkontrolle über eine Familie. Weil die Vorschrift als Sollvorschrift ausgestaltet ist, hat das Gericht die Möglichkeit zu entscheiden, ob nach der ersten Überprüfung eine weitere Kontrolle der Familie notwendig ist. Dies ist abhängig vom Ergebnis der ersten Überprüfung der Entscheidung. Das Gericht kann auch von einer nochmaligen Überprüfung absehen, wenn die Anrufung des Familiengerichts offensichtlich unbegründet war. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn das Jugendamt die Erforderlichkeit einer gerichtlichen Maßnahme verneint. Unabhängig von der Überprüfungspflicht des Gerichts bleibt dem Jugendamt die Möglichkeit, erneut das Familiengericht einzuschalten, wenn es eine Gefährdung des Kindeswohls vermutet.⁴⁸

3. RECHTLICHE FOLGEN NACH DEM (TEILWEISEN) ENTZUG DER ELTERLICHEN SORGE

3.1 DIE ARTEN DER VORMUNDSCHAFT

Man unterscheidet gesetzliche von bestellten Amtsvormundschaften. Gesetzliche Amtsvormundschaften treten insbesondere dann ein, wenn ein Kind einer minderjährigen Mutter geboren wird, die nicht mit dem Vater des Kindes verheiratet ist, oder wenn das Kind zur Adoption freigegeben wird. Eine **bestellte Amtsvormundschaft** tritt insbesondere durch den

⁴⁷ Siehe Stöber, Eberhard, Das neue Verfahren in Kindschaftssachen, in: FamRZ 2009, Heft 8, S. 664.

⁴⁸ Vgl. Stöber, Eberhard, Das neue Verfahren in Kindschaftssachen, in: FamRZ 2009, Heft 8, S. 664.

Entzug der elterlichen Sorge ein. Während sich die Amtsvormundschaft grundsätzlich auf die gesamte elterliche Sorge erstreckt, umfasst eine angeordnete Pflegschaft nur die Wahrnehmung bestimmter Teilbereiche der elterlichen Sorge. Im Jahr 2010 standen in Deutschland insgesamt 31377 Kinder/Jugendliche unter bestellter Amtsvormundschaft und 32556 Kinder unter bestellter Amtspflegschaft (ausgenommen Unterhaltspflegschaften).⁴⁹

3.2 BESTELLUNG EINES VORMUNDS DURCH DAS GERICHT

Nach § 1773 Abs. 1 BGB bekommt ein minderjähriges Kind dann einen Vormund, wenn es nicht (mehr) unter elterlicher Sorge steht. Für das **Einrichten einer Vormundschaft** gibt das Gesetz folgende Rangfolge vor: Vorrangig soll versucht werden, einen Einzelvormund für das Kind zu bestellen. Ebenfalls vorrangig sollte die Möglichkeit geprüft werden, ob ein Verein die Vormundschaft übernehmen kann (Vereinsvormundschaft). Erst dann sollte, nach den Vorstellungen des Gesetzgebers, die Möglichkeit der Einrichtung einer Amtsvormundschaft geprüft werden. In der Praxis gestaltet es sich als sehr schwierig, Einzelvormünder mit der notwendigen Eignung für die anspruchsvolle und umfangreiche Aufgabenwahrnehmung einer Vormundschaft zu finden. Deshalb wird in den meisten Fällen das Jugendamt zum Vormund bestellt.

Von den im Jahr 2010 insgesamt 12681 angeordneten gerichtlichen Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge, wurde das Personensorgerecht in 9708 Fällen (entspricht 76,55%) ganz oder teilweise auf das Jugendamt übertragen (darunter in 2233 Fällen nur das Aufenthaltsbestimmungsrecht).⁵⁰

⁴⁹ Statistik der Kinder- und Jugendhilfe 2010, Statistisches Bundesamt, S. 3 u. 5.

⁵⁰ Statistik der Kinder- und Jugendhilfe 2010, Statistisches Bundesamt, S. 7.

III DIE KOOPERATION ZWISCHEN AMTSVORMÜNDERN UND DEM SOZIALEN DIENST

4. DIE DOPPELFUNKTION DES JUGENDAMTS

4.1 DIE UNTERSCHIEDLICHEN ROLLEN IN DER BEHÖRDE JUGENDAMT

4.1.1 AUFGABEN DER VORMÜNDER NACH DEREN BESTELLUNG

Ist das Jugendamt vom Familiengericht zum Vormund bestellt, so wird zur Ausübung der Aufgaben einer Amtsvormundschaft die Vormundschaft einzelnen Beamten oder Angestellten übertragen (§ 55 SGB VIII). Bei bestellten Vormundschaften hat der Vormund die Aufgabe, als „Elternersatz“ die elterliche Sorge komplett oder in Teilen auszuüben. Weil der Vormund das Kind nicht selbst erzieht und pflegt, ist er auf die Unterstützung weiterer Beteiligter angewiesen. Deshalb delegiert er die Ausübung der Personensorge auf Dritte und ist somit verpflichtet, Hilfe zur Erziehung zu beantragen. Die Kinder/Jugendlichen sind meist in Pflegefamilien oder in Einrichtungen der Erziehungshilfe (Kinderheime, betreutes Wohnen o. ä.) untergebracht. Verantwortlich für die Pflege und Erziehung des Mündels bleibt aber der Vormund. Die **Aufgaben des Vormunds** beinhalten unter anderem:

- Wahrnehmung der Personen- und Vermögenssorge (z. B. Aufenthaltsbestimmung, Vertretung bei Rechtsgeschäften, Sicherung von Unterhaltsansprüchen, Erbensprüchen u. a.)
- persönlicher Kontakt zum Mündel, um herauszufinden, welche Bedürfnisse das Kind hat
- Sicherstellung der Beteiligung des Kindes in allen wichtigen Entscheidungen
- Mitwirkung im Hilfeplanverfahren

Insgesamt soll der Vormund einen Zugang zum Kind finden, es informieren, seinem Mündel in Vertraulichkeit begegnen und eine transparente Arbeitsweise schaffen.⁵¹

4.1.2 AUFGABEN DES SOZIALEN DIENSTES IM KINDERSCHUTZ

Zu den vielfältigen **Aufgaben des Sozialen Dienstes** im Jugendamt, zählen unter anderem die Aufgaben im Kinderschutz:

- Angebot von Hilfen nach dem SGB VIII (z. B. Hilfen zur Erziehung)
- Wahrnehmung von ganzheitlichen Beratungs- und Unterstützungs-aufgaben für Kinder, Jugendliche und Eltern
- Vermittlung von präventiv wirkenden Jugendhilfeleistungen, wenn die Erziehung für das Kind nicht dem Kindeswohl entspricht
- bei Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung: Bewertung und Überprüfung der Hinweise im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte (Abschätzung des Gefährdungsrisikos nach § 8a SGB VIII)
- Einbeziehung der Personensorgeberechtigten als oft schwierige Herausforderung für die Jugendämter: Versuch, bei den Betroffenen Einsicht und Motivation herzustellen, Erarbeitung von umfassenden Hilfe- und Schutzkonzepten für die Familien, Begleitung und Kontrolle der einzelnen Hilfen
- Pflicht der Jugendämter, das Familiengericht anzurufen, wenn die Eltern die Inanspruchnahme notwendiger Hilfen verweigern
- Unterstützung des Familiengerichts im gerichtlichen Verfahren
- Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen (§ 42 SGB VIII)
- Zusammenarbeit mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Einrichtungen des Gesundheitswesens, Polizei- und Ordnungsbehörden, Kindergärten usw.)⁵²

⁵¹ Vgl. Opitz, Jutta, Amtsvormundschaft und Soziale Dienste – miteinander, gegeneinander oder wie?, in: Das Jugendamt, 07/08 2001, Heft 7-8, S. 317 f.

⁵² Vgl. Interdisziplinäre Zusammenarbeit im Kinderschutz: Aufgaben der beteiligten Institutionen und Empfehlungen für örtliche Netzwerke, Veröffentlichung des KVJS und verschiedene Ministerien, 2009, S. 7 ff.

Der SD hat jederzeit einen **doppelten Auftrag** inne. Gegensätzliche Anforderungen konfrontieren den SD-Mitarbeiter mit folgendem Spannungsfeld: Einerseits ist es Aufgabe des SD, als leistungsgewährende Behörde tätig zu sein und zu fördern, begleiten und unterstützen, insbesondere durch die Gewährung von Hilfen zur Erziehung. Andererseits bekleidet den SD-Mitarbeiter das staatliche Wächteramt und er muss entscheiden, wann die Notwendigkeit besteht, frühzeitige Maßnahmen einzuleiten, um Schädigungen von Kindern abzuwenden. Solche Maßnahmen reichen von präventiven Jugendhilfemaßnahmen, die Eltern in ihrer Erziehung unterstützen, bis hin zu einer evtl. Herausnahme des Kindes und Eingriffen in die elterliche Sorge.⁵³

4.1.3 SCHNITTSTELLEN - HILFEN ZUR ERZIEHUNG

Innerhalb des Jugendamts stehen sich nun „zwei Seiten“ gegenüber: Einerseits der Vormund als Inhaber der rechtlichen Entscheidungskompetenz, andererseits die Fachkraft des Sozialen Dienstes, die für sich die pädagogische Entscheidungskompetenz geltend macht. Dieser strukturelle Aufbau des Jugendamts mit den **unterschiedlichen Rollen und Aufgaben** kann zu Interessenkollisionen zwischen den beiden Seiten führen.⁵⁴

Leistungsberechtigter für Hilfen zur Erziehung ist der **Vormund** als rechtlicher Vertreter eines Mündels. Er stellt den Antrag und kann entscheiden, in welcher Pflegefamilie oder Einrichtung der Erziehungshilfe das Kind/der Jugendliche untergebracht werden soll (Wunsch- und Wahlrecht nach § 5 SGB VIII). Gegen eine ablehnende Entscheidung kann der Vormund Widerspruch einlegen und ggf. auch auf Verpflichtung zur Leistung klagen. Leistungsträger sind die **Städte und Landkreise**, denen gem. § 69 SGB VIII die Verpflichtung obliegt, ein Jugendamt zu

⁵³ Vgl. Rüting, Wolfgang, ASD und Vormundschaft – die Vormundschaft aus Sicht des ASD, in: Peter Hansbauer (Hrsg): Neue Wege in der Vormundschaft?, 2002, S. 168 f.

⁵⁴ Vgl. Hauser, Gabi, Keine Kostenerstattung bei Personalunion von Amtsvormund und Fachkraft im ASD, in: Das Jugendamt 01/2002, S. 6.

errichten. In der Regel entscheidet über die Gewährung von Hilfen zur Erziehung der Soziale Dienst. Leistungserbringer sind die **Pflegepersonen** und die **Einrichtungen der Erziehungshilfe** (§§ 33 und 34 SGB VIII). Diese Stellen erbringen ihre Leistungen als Dienstleistungen im Auftrag des Jugendamts.⁵⁵

Sobald es im SGB VIII Regelungen zu den „Personensorgeberechtigten“ gibt, ist bei bestehender Vormundschaft der Vormund gemeint. Somit ist der Vormund Anspruchsberechtigter für Hilfe zur Erziehung (§§ 27 ff. SGB VIII) durch das Jugendamt. Nach Antragstellung erlangt der Vormund im Verwaltungsverfahren die Beteiligtenstellung (§ 12 Abs. 1 Nr. 1 SGB X). Über den Antrag auf Hilfe zur Erziehung entscheidet das Jugendamt als Sozialleistungsbehörde, d. h. der Soziale Dienst. Der Verwaltungsakt ist dem Vormund bekanntzugeben, der dann rechtlich die Möglichkeit hat, gegen einen ablehnenden Bescheid Widerspruch einzulegen und ggf. auch gegen die eigene Behörde zu klagen.⁵⁶

4.1.4 SCHNITTSTELLEN - HILFEPLANUNG

„Im Jugendamt stellt das **Hilfeplanverfahren** die entscheidende Schnittstelle zwischen dem Bereich Amtsvormundschaft und dem Bereich Allgemeiner Sozialer Dienst dar. Hier werden ausgehend von den unterschiedlichen Funktionen die unterschiedlichen Arbeitsansätze, Aufgaben, Verantwortungen und somit auch Differenzen und Reibungen deutlich.“⁵⁷ Der Soziale Dienst ist dem Vormund gegenüber zur Beratung verpflichtet (§ 36 Abs. 1 S. 1 SGB VIII). Der Vormund ist als Personensorgeberechtigter am Hilfeprozess zu beteiligen (§ 36 Abs. 2 S. 2 SGB VIII). Der SD steuert den Hilfeprozess und hat, gemeinsam mit dem Vormund und dem Kind/Jugendlichen, einen Hilfeplan zu erstellen. Als

⁵⁵ Vgl. Meysen, Thomas, Vormund – Heim/Pflegeperson – ASD: Wer hat hier was zu sagen?, in: Das Jugendamt 03/2005, S. 109.

⁵⁶ Vgl. Kaufmann, Ferdinand, Das Jugendamt als Vormund und als Sozialleistungsbehörde – Probleme der Doppelfunktion, aus: Das Verhältnis von Sozialen Diensten und Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft im Jugendamt, Fachtagung 2001, S. 31.

⁵⁷ Siehe Opitz, Jutta, Amtsvormundschaft und Soziale Dienste – miteinander, gegeneinander oder wie?, in: Das Jugendamt, 07/08 2001, Heft 7-8, S. 319.

Leistungsbehörde legt der Soziale Dienst in enger Abstimmung mit dem Vormund genau fest, welche Leistungen für ein Mündel erbracht werden sollen.⁵⁸

Nicht selten führen Fragen über Leistungsfortsetzung und Leistungsinhalt zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Vormund als Leistungsberechtigtem und dem Sozialen Dienst als Leistungsverpflichtetem. Der SD hat mit dem Vormund in gleicher Weise zusammenzuarbeiten, wie mit den leiblichen Eltern eines Kindes. Als „Elternersatz“ und unabhängiger Interessenvertreter für das Kind muss der Vormund der direkte Ansprechpartner des SD sein. Weil die Aufgaben des Sozialen Dienstes im Rahmen des Hilfeprozesses eng mit sorgerechtlichen Fragen verknüpft sind, kommt es in der Praxis hin und wieder zu Unklarheiten über die jeweilige Rolle. Deshalb ist es umso notwendiger, dass die am Hilfeprozess Beteiligten kooperativ zusammenwirken und ihre Zuständigkeiten möglichst eindeutig voneinander abgegrenzt haben, um Kompetenzüberschneidungskonflikte möglichst zu vermeiden.⁵⁹

4.2 GRENZEN DER ORGANISATIONSKOMPETENZ DES TRÄGERS DER ÖFFENTLICHEN JUGENDHILFE

Die **Trennung zwischen Vormundschaft und Sozialem Dienst** ist schon im Gesetz verankert: Hilfe zur Erziehung ist nach § 2 SGB VIII eine „**Leistung**“ der Jugendhilfe, Amtsvormundschaft eine „**andere Aufgabe**“ und somit keine Sozialleistung. § 16 SGB X regelt das Mitwirkungsverbot für am Verwaltungsverfahren beteiligte Personen. Als Antragsteller für HzE ist der Vormund Beteiligter des Verwaltungsverfahrens. Er darf deshalb als Antragsteller und Beteiligter nicht gleichzeitig die Hilfe gewähren. Die Hilfe zur Erziehung in Form eines Leistungsbescheides zu gewähren, ist Aufgabe des Sozialen Dienstes.

⁵⁸ Vgl. Kaufmann, 2001, S. 31 f.

⁵⁹ Vgl. Meysen, Thomas, Vormund – Heim/Pflegeperson – ASD: Wer hat hier was zu sagen?, in: Das Jugendamt 03/2005, S. 109 ff.

In einem Verwaltungsverfahren darf die Person, die den Antrag stellt, und die Person, die über den Antrag auf HzE entscheidet, nicht ein und dieselbe Person sein. Sonst entscheidet dieselbe Person über die Leistung und ist gleichzeitig Empfänger der Leistung. Ein Vormund, der beide Rollen in Personalunion wahrnimmt, würde einerseits die Interessen des Mündels, andererseits die Interessen der „Sozialleistungsbehörde Jugendamt“ vertreten müssen. Interessenskollisionen wären in solch einem Fall nicht zu vermeiden.⁶⁰

5. KOOPERATION

5.1 BEDINGUNGEN EINER ERFOLGREICHEN KOOPERATION

Eine gute Kooperation entsteht nicht von heute auf morgen. Ein gutes Kooperationsverhältnis erfordert ausreichenden persönlichen Einsatz in einem zeitintensiven, nicht immer konfliktarmen Prozess. Wichtige Bedingungen für eine gelingende Kooperation sind zum Beispiel:

- eine Kultur des Miteinanders unter Achtung der jeweiligen Hilfebeziehung
- gegenseitige Wertschätzung
- Akzeptanz der Fachkompetenz der gleichberechtigten Kooperationspartner
- Kennenlernen des jeweils anderen Fachbereiches → Transparenz bei Personen, Auftrag, Arbeitsweise, Ressourcen und Grenzen⁶¹
- Festlegung verbindlicher Handlungsschritte zwischen den beiden Fachbereichen
- die Zusammenarbeit mit dem anderen Fachbereich darf nicht als Abgabe eigener, sondern als Hinzuziehung zusätzlicher Kompetenzen gesehen werden⁶²

⁶⁰ Vgl. Kaufmann, 2001, S. 33 f.

⁶¹ Vgl. Bathke, Sigrid: Vereinbarungen als Basis für Kooperation zwischen öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, in: Erwin Jordan (Hrsg.), Kindeswohlgefährdung, 2008, S. 44.

⁶² Vgl. Schone, Reinhold, Die Sicherung von Kindeswohl im Spannungsfeld von Prävention und Schutzauftrag, in: Erwin Jordan (Hrsg.), Kindeswohlgefährdung, 2008, S. 125.

5.2 HINDERNISSE EINER ERFOLGREICHEN KOOPERATION

Zu den zahlreichen Hindernissen, die einer erfolgreichen Kooperation im Weg stehen können, zählen zum Beispiel:

- Regelungen, die nicht in Übereinstimmung miteinander getroffen werden
- Konkurrenz zwischen den beiden Arbeitsbereichen
- Unverbindlichkeit in Absprachen⁶³

6. AUSWIRKUNGEN DER GESETZESÄNDERUNG IM VORMUNDSCHAFTSRECHT AUF DIE KOOPERATION

„Der Vormund hat die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich zu fördern und zu gewährleisten“, so lautet die Neufassung des § 1800 S. 2 BGB. Die Gesetzesänderungen verpflichten den Vormund zu intensivem persönlichen Kontakt mit dem Mündel. In der Regel hat der Vormund jedes seiner Mündel einmal pro Monat in dessen üblicher Umgebung zu besuchen (§ 1793 Abs. 1a BGB). In der Neufassung des § 1800 BGB wird die Pflicht des Vormunds zur **persönlichen** Förderung und Gewährleistung der Pflege und Erziehung des Mündels deutlich hervorgehoben. § 55 Abs. 3 S. 2 SGB VIII wiederholt diesen Grundsatz für den Vormund.

Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens führte der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags im Februar 2011 eine öffentliche Anhörung zum neuen Vormundschaftsrecht durch. Zu den sich aus der Gesetzesänderung ergebenden Auswirkungen auf die Zusammenarbeit von Vormündern mit dem Sozialen Dienst gaben verschiedene Sachverständige eine Stellungnahme ab. Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass der Vormund seinen Aufgaben und gleichzeitig seiner Verantwortung **in eigener Person (persönlich!)** nachzukommen hat. Es

⁶³ Vgl. Bathke, 2008, S. 45.

ist unzulässig, diese Aufgaben an den Sozialen Dienst zu delegieren.⁶⁴ Der Vormund ist ausschließlich den Interessen des Kindes verpflichtet. Jedoch führt die organisatorische Zuordnung des Fachbereichs Vormundschaften zum Jugendamt in der Praxis häufig zu Interessenkollisionen. Bei der Geltendmachung von Leistungsansprüchen für ein Mündel besteht „die Gefahr, dass Rechtspositionen des Kindes verkürzt werden, soweit der Vormund bei der Geltendmachung von Ansprüchen des Kindes gegenüber dem Jugendamt nicht mehr ausschließlich die Interessen und Bedürfnisse des Kindes im Blick hat, sondern den Leistungsbedarf aus der Sicht der Behörde bewertet.“⁶⁵ Der Amtsvormund muss jedoch lediglich dem Kindeswohl verpflichtet sein, unabhängig von sonstigen Interessen verschiedener Beteiligter. „Die Amtsvormundin muss hier als unabhängige Fürsprecherin für das Mündel dessen Interessen auch gegen das Jugendamt und auch gegen die Pflegeeltern oder gegen die leiblichen Eltern vertreten, notfalls auch gerichtlich.“⁶⁶

Zwischen dem Vormund und dem Mitarbeiter des SD sind in der Praxis, bedingt durch die gestärkte Rolle des Vormunds, „Macht- und Konkurrenzkämpfe“ zu erwarten. Der Vormund wird in Zukunft wesentlich mehr Kontakt zu seinem Mündel haben (müssen). Das bedeutet, dass seitens der Heime/Pflegefamilien und seitens der Mündel in Zukunft viele Informationen an den Vormund herangetragen werden, die sonst dem SD mitgeteilt wurden. Das gewachsene Selbstbewusstsein der Vormünder kann für die Mitarbeiter des SD leicht als Kritik bzw. Einmischen in den eigenen Arbeitsbereich empfunden werden. Auch wenn die Rolle des Vormunds durch die gesetzlichen Neuregelungen gestärkt wird und mehr Kontakt zum Mündel bestehen wird, wäre es rechtlich unzulässig, die Aufgaben des SD an die Vormünder abzuschieben.

⁶⁴ Vgl. BT-Drucksache 17/3617, S. 7 f., auch: Mix, Bernd, Stellungnahme im Rechtsausschuss, 02/2011, S. 2.

⁶⁵ Siehe Veit, Barbara, Stellungnahme im Rechtsausschuss, 02/2011, S. 8 f.

⁶⁶ Siehe Sünderhauf, Hildegund, Stellungnahme im Rechtsausschuss, 02/2011, S. 3.

Birgit Hoffmann kommentiert die Problematik folgendermaßen:

„In Praxis und Theorie wird (weiterhin) zu diskutieren sein, welche Aufgaben zukünftig durch die Fachkräfte des ASD und welche durch die des Sachgebiets Vormund-/Pflegschaft wahrzunehmen sind. War bisher eine teilweise zu weitreichende Delegation von Aufgaben eines Vormunds auf Fachkräfte des ASD zu bemängeln, gilt es nun ebenso zu vermeiden, dass Aufgaben des ASD auf das Sachgebiet Vormund-/Pflegschaft abgeschoben werden – etwa die Mitwirkung in einem familiengerichtlichen Verfahren i. S. von § 50 Abs. 2 SGB VIII oder Aufgaben der Elternarbeit i. S. des § 39 Abs. 1 SGB VIII. Speziell ist eine bewusste Trennung der Aufgaben des Jugendamts als Sozialleistungsträger und als rechtlicher Vertreter erforderlich.“⁶⁷

In seiner Stellungnahme im Rechtsausschuss geht auch Dr. Thomas Meysen auf die notwendige rechtliche Trennung von Aufgaben des Sozialen Dienstes und Aufgaben der Amtsvormundschaft ein. Eine Wahrnehmung beider Aufgabenbereiche in Personalunion ist in der Praxis nicht zulässig.⁶⁸

Wichtig ist die Tatsache, dass die unterschiedlichen Rollen auch weiterhin fortbestehen. Deshalb ist es im Interesse des Kindes notwendig, die einzelnen Rollen und Aufgaben zwischen den beiden Bereichen klar abzugrenzen. Die gestärkte Rolle des Vormunds stellt eine große Herausforderung für die Zusammenarbeit dar, ist aber auch eine große Chance. Für eine gelingende Kooperation muss investiert werden, müssen beide Seiten bereit sein, eventuell eingefahrene Strukturen zu überdenken und zu verändern. Eine positive Grundhaltung dem anderen Arbeitsbereich gegenüber führt zu der Sicht, in der „anderen Seite“ einen Verbündeten zum Wohl des Kindes zu sehen, um auf das Zitat zu Beginn dieser Bachelorarbeit zurückzukommen. Sicher liegt in der Praxis zwischen „Gegner“ und „Verbündeter“ sein eine große Spanne, die von vielen verschiedenen Faktoren abhängt.

⁶⁷ Siehe Hoffmann, Birgit, Das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts, in: FamRZ 2011, Heft 15, S. 1186.

⁶⁸ Vgl. Meysen, Thomas, Stellungnahme im Rechtsausschuss, 02/2011, S. 6.

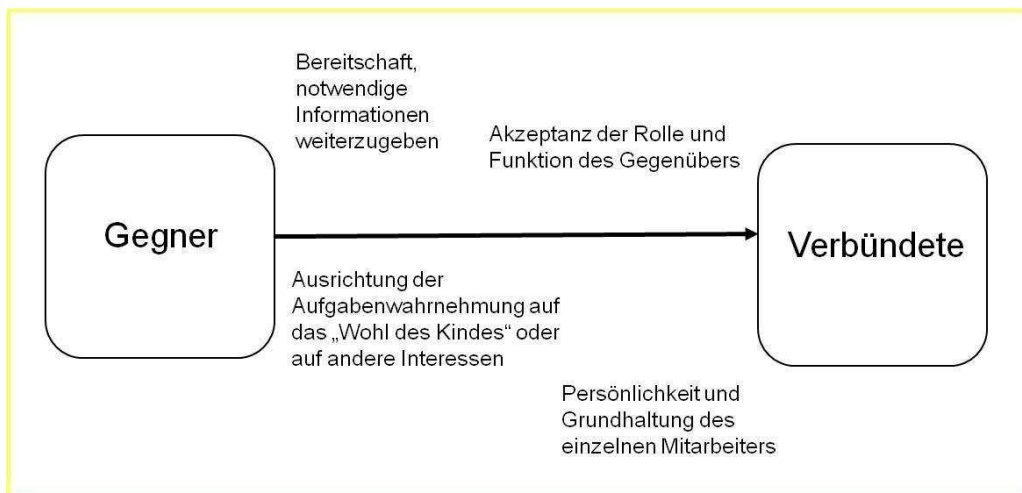


Abbildung 3: Gegner und Verbündete

Um als Verbündete agieren zu können, sind bestimmte Voraussetzungen zu schaffen: „Ein gleichberechtigter und kooperativer fachlicher Austausch sind Voraussetzung dafür, in den klar voneinander abzugrenzenden Funktionen nicht Rivalität aufkommen zu lassen, sondern die Komplementarität beider Bereiche zum Ausdruck zu bringen.“⁶⁹

Die jeweilige Aufgabenwahrnehmung wird durch verbindliche Kooperationsvereinbarungen für beide Seiten erleichtert. „Fachliche Standards und klare Kooperationsstrukturen zwischen Amtsvormundschaft und Sozialen Diensten sind, neben angemessenen organisatorischen Bedingungen, Voraussetzungen für eine verantwortliche Wahrnehmung der vormundschaftlichen Aufgaben im Jugendamt.“⁷⁰

7. EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG

7.1 ZIEL DER UNTERSUCHUNG

Im Rahmen dieser Bachelorarbeit wurde eine empirische Untersuchung durchgeführt, um die Schnittstellen und Berührungspunkte zwischen den Arbeitsbereichen Vormundschaft und dem Sozialen Dienst abzubilden. Ziel der empirischen Erhebung ist es, den **aktuellen Stand in der Praxis**

⁶⁹ Siehe „Nicht Rivalität, sondern Miteinander ist gefragt“, Bericht zur Tagung „Das Verhältnis von Sozialen Diensten und Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft im Jugendamt“, in: Das Jugendamt, 11/2001, S. 529.

⁷⁰ Siehe Bericht Jugend- und Familienministerkonferenz im Mai 2011 in Essen, in: Das Jugendamt 06/07 2011, S. 323.

möglichst detailliert aufzuzeigen. Anhand der gewonnenen Erkenntnisse aus den Ergebnissen der Umfrage wird im weiteren Verlauf der Bachelorarbeit dargestellt, welche konkreten Änderungen sich im Hinblick auf das Gesetz zur Änderung des Vormundschaftsrechts für die Zusammenarbeit ergeben werden/müssen.

7.2 METHODIK UND VORGEHENSWEISE

Für diese empirische Untersuchung wurde die schriftliche Befragungsmethode gewählt, weil eine möglichst große Zahl von Personen erreicht werden sollte. Vorteile einer schriftlichen Befragung sind unter anderem, dass die Befragten ohne Einfluss des Interviewers ihre Antworten formulieren können und mehr Zeit zur Beantwortung besteht.⁷¹ Im Rahmen der Befragung wurden offene und geschlossene Fragen gestellt. Der Großteil der Fragen bestand jedoch aus geschlossenen Fragen, da in der Auswertung die Vergleichbarkeit höher ist und die Ergebnisse wesentlich besser dargestellt werden können. Offene Fragen gaben den Befragten die Möglichkeit, frei formulierte Antworten und genaue Sichtweisen darzustellen.

Die Erstellung der Fragebögen erfolgte in Anlehnung an eine bereits durchgeführte empirische Erhebung von Peter Hansbauer im Jahr 2004. Die Ergebnisse dieser Untersuchung⁷² gaben wichtige Impulse für das Entwickeln eigener Fragen und das Spektrum verschiedener Antwortmöglichkeiten. Hilfreiche Gedankenanstöße lieferte auch die Dokumentation der Fachtagung „Das Verhältnis von Sozialen Diensten und Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft im Jugendamt“.⁷³ Außerdem waren die Eindrücke des „Bundesforums Vormundschaft und Pflegschaft“ (große Fachtagung im Dezember 2010 in Dresden) und Gespräche mit Personen aus der Praxis mehr als hilfreich und wichtig, um die Thematik

⁷¹ Vgl. Konrad, Klaus, Mündliche und schriftliche Befragung – Ein Lehrbuch, 2007, S. 50.

⁷² Hansbauer, Peter/Mutke, Barbara/Oelerich, Gertrud/Wunsch, Robert: Vormundschaft in Deutschland – Trends und Perspektiven, 2004, ab S. 187.

⁷³ Das Verhältnis von Sozialen Diensten und Amtsvormundschaft/ Amtspflegschaft im Jugendamt, Fachtagung 2001.

zu erkennen, Schnittstellenprobleme zu verstehen und die einzelnen Fragen entwickeln zu können. Die Fragebögen wurden dann als „kleiner Pretest“ an zwei Personen aus der Praxis geschickt und anhand deren Anmerkungen weiterentwickelt.

8. AUSWERTUNG DER BEFRAGUNG

8.1 ALLGEMEINE FRAGEN

Insgesamt wurden 96 Fragebögen per Post an alle Jugendämter in Baden-Württemberg verschickt. Jedes Jugendamt erhielt 2 Fragebögen, wobei je ein Bogen von einem Mitarbeiter aus der Vormundschaft und ein Bogen von einem Mitarbeiter des Sozialen Dienstes ausgefüllt werden sollte. Jeder Brief wurde mit einem Begleitschreiben versehen, in dem der Zweck der Untersuchung dargestellt wurde. Auch wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Auswertung der Ergebnisse anonym erfolgt. Weil eine Stadt ihre Zuständigkeit mittlerweile an den Landkreis abgegeben hatte, gingen lediglich 94 Fragebögen in die Auswertung mit ein. Der **Rücklauf** belief sich insgesamt auf **55,32%** (**52 Fragebögen**), wobei der Rücklauf von den Mitarbeitern aus der Vormundschaft mit 30,85% um insgesamt 6,38% höher war, als der des Sozialen Dienstes (24,47%).

Die Auswertung dieser Umfrage bezieht sich auf Stadt-/Landkreise in Baden-Württemberg, in denen die **Rollen** zwischen den beiden Bereichen **getrennt** sind! Ein an der Umfrage beteiligter Stadt-/Landkreis, in dem (noch) keine Rollentrennung vorliegt, wird unter den Punkten 7.1.3 und 8.4.3 gesondert ausgewertet. Obwohl 52 Fragebögen zurückgeschickt wurden, ist deshalb für die Hauptauswertung (und immer wenn im Rahmen der Auswertung von „den Befragten“ die Rede ist) die Gesamtzahl 50 maßgeblich.

27 der befragten Mitarbeiter sind im Bereich Vormundschaften tätig und führen auch Vormundschaften. 23 der Befragten arbeiten im ASD/SD,

davon geben 19 Mitarbeiter an, Hilfen zu Erziehung zu bewilligen bzw. die Hilfen auszugestalten und einzuleiten. 1 Mitarbeiter des ASD führt auch Vormundschaften (siehe Auswertung unter 7.1.2.). 2 Mitarbeiter leiten das Sachgebiet des ASD und ein Mitarbeiter machte keine Angabe zu seinen Tätigkeiten. Alle Mitarbeiter, die an der Umfrage teilgenommen haben und im **Sozialen Dienst** arbeiten, haben eine sozialpädagogische Ausbildung. Von den 27 Mitarbeitern aus der **Vormundschaft** haben 22 eine verwaltungsrechtliche Ausbildung. 4 haben eine sozialpädagogische Ausbildung. Ein als Vormund tätiger Mitarbeiter hat eine Ausbildung zum Rechtspfleger.

Folgende Grafik verdeutlicht, wie lange die Mitarbeiter aus beiden Bereichen ihre Tätigkeit schon ausüben:

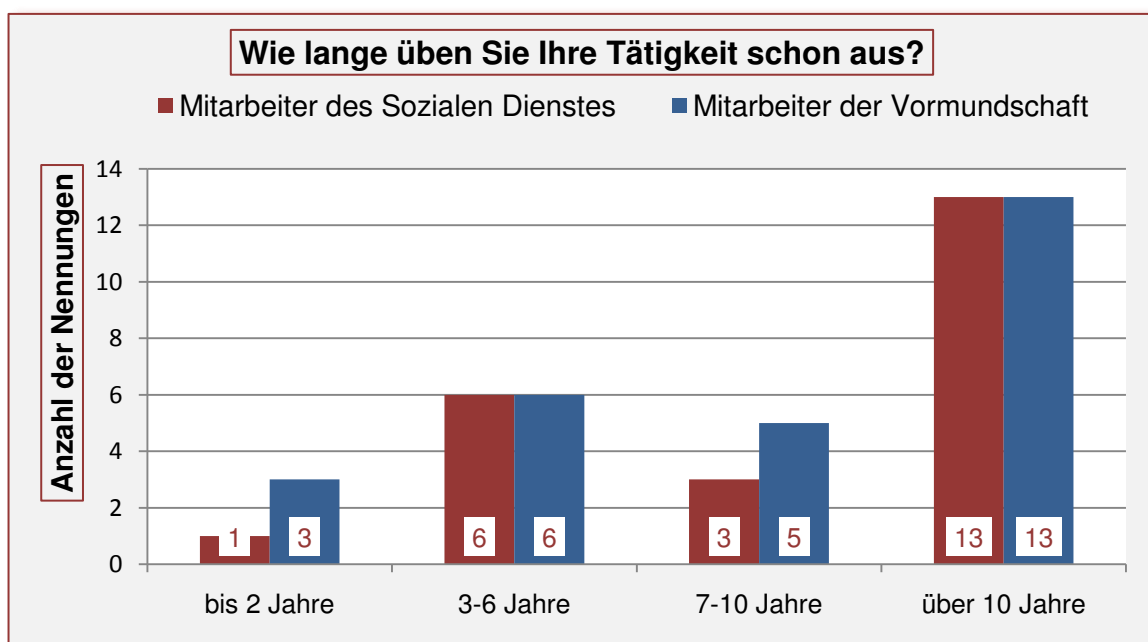


Abbildung 4: Ausübung der Tätigkeiten

8.1.1 ORGANISATIONSSTRUKTUR A

Außer in zwei Stadt-/Landkreisen (siehe Ausführungen weiter unten) wird unter der Organisationsstruktur A die Organisationsform dargestellt, die im Rahmen der Befragung am häufigsten genannt wurde.

Die meisten Stadt-/Landkreise haben zwei organisatorisch voneinander getrennte Abteilungen. Der Bereich Vormundschaft ist meist zentral in einer Abteilung angesiedelt, oft werden neben den Vormundschaften auch Beistandschaften geführt. Der Soziale Dienst/Allgemeine Soziale Dienst ist meist in sozialräumlich orientierten Arbeitsgruppen dezentral an verschiedenen Standorten angesiedelt.

8.1.2 ORGANISATIONSSTRUKTUR B

In einem der baden-württembergischen Stadt-/Landkreise liegt eine Organisationsform vor, die von der am häufigsten vorkommenden Organisationsstruktur A abweicht (siehe Punkt 7.1.1). Deshalb wird diese Organisationsstruktur B hier gesondert ausgewertet.

Eine bestellte Vormundschaft wird, je nach absehbarem Wirkungskreis, auf unterschiedliche Personen aus zwei Abteilungen übertragen. Weil die Personensorge immer betroffen ist, wird der Mitarbeiter der Abteilung „Allgemeiner Sozialer Dienst“ zum Vormund bestellt. Ein Mitarbeiter der Abteilung „Beistandschaften/Amtsvormundschaften“ wird bei bestellten Amtsvormundschaften nur dann zusätzlich bezüglich der Wirkungskreise „Vermögensverwaltung“ oder „Unterhaltsansprüche“ beauftragt, sofern diese tangiert sind. Weil eine Vermögensverwaltung häufig nicht anfällt und die Mündel in der Regel in Vollzeitpflege oder Heimerziehung leben und die Abteilung Wirtschaftliche Jugendhilfe von den Unterhaltspflichtigen anstelle des Kindesunterhalts einen Kostenbeitrag einfordert, entfällt eine Beauftragung des Mitarbeiters der Abteilung „Beistandschaften/Amtsvormundschaften“ zumeist.

Sind beide Abteilungen tätig, so nimmt der eine Mitarbeiter (aus der Abteilung B/AV) sich als Vormund den vermögens- und unterhaltsrechtlichen Fragen, der andere Mitarbeiter (aus dem ASD) den Fragen der Personensorge an.

Innerhalb des ASD sind die unterschiedlichen Rollen (Vormund einerseits und Mitarbeiter bzgl. der übrigen Aufgaben des ASD andererseits) in

jedem Einzelfall **getrennt**. Ein Mitarbeiter des ASD kann zwar für ein Kind zum Vormund bestellt werden, arbeitet aber dann immer mit einem Kollegen des ASD zusammen, der die „Sozialleistungsbehörde Jugendamt“ vertritt. Die Organisationsverfügung dieses Stadt-/Landkreises garantiert in jedem Einzelfall die Trennung der beiden Funktionen. Sie lässt andererseits Konstellationen entstehen, bei denen die ASD-Mitarbeiter in einigen Fällen die Rolle des Vormunds einnehmen und in anderen Fällen als Vertreter des Jugendamtes Jugendhilfeleistungen gewähren. Diese unterschiedlichen Funktionen bedingen für den einzelnen Mitarbeiter des ASD die Wahrnehmung gegebenenfalls gegenläufiger Interessen und damit auch gelegentliche Konflikte.

Am Hilfeplangespräch nehmen in diesem Stadt-/Landkreis immer mindestens zwei Mitarbeiter teil; einerseits der Sozialdienstmitarbeiter als Vertreter des Jugendhilfeträgers und auf der anderen Seite der Vormund als direkter Vertreter des Kindes. Als dritter Mitarbeiter wird (in seltenen Einzelfällen) bei Bedarf der mit den Vermögens- und Unterhaltsangelegenheiten beauftragte Mitarbeiter hinzugerufen.

8.1.3 ORGANISATIONSSTRUKTUR C

Unter die Organisationsstruktur C fällt ein sich an der Umfrage beteiligter Stadt-/Landkreis in Baden-Württemberg, der von der am häufigsten vorkommenden Organisationsstruktur A abweicht (siehe Punkt 8.1.1).

Bei diesem Stadt-/Landkreis gibt es keinen speziellen „Bereich Vormundschaften“. Unabhängig von der Art der Vormundschaft werden diese keinem einzelnen Mitarbeiter übertragen. Vielmehr werden die einzelnen Aufgaben jeweils entweder vom Sachbearbeiter der Beistandschaft oder vom Sachbearbeiter des ASD ausgeführt. Im Rahmen einer Vormundschaft nimmt jeder die Aufgaben wahr, die auch seiner sonstigen Tätigkeit entsprechen. Federführend für gesetzliche Vormundschaften sind die Mitarbeiter der Beistandschaft, da es dort erfahrungsgemäß mehr um vermögens- und unterhaltsrechtliche Fragen

geht. Bestellte Vormundschaften werden federführend vom ASD ausgeführt, da es dort in der Regel hauptsächlich um Aspekte der Personensorge geht. Daraus lässt sich erkennen, dass für ein Kind zwei Personen tätig werden: der Beistand, wenn z. B. unterhaltsrechtliche Ansprüche geltend gemacht werden müssen, der Mitarbeiter des ASD, wenn HzE für ein Kind beantragt werden muss.

Diese Konstellation im betroffenen Stadt-/Landkreis bringt immer wieder Schwierigkeiten mit sich, wenn z. B. eine bestellte Amtspflegschaft vom ASD-Mitarbeiter übernommen wird und dabei übersehen wird, dass in diesem Fall auch unterhaltsrechtliche bzw. vermögensrechtliche Dinge zu klären sind. So kam es in der Vergangenheit immer wieder vor, dass die Mitarbeiter der Beistandschaft nur zufällig vom Bestehen einer bestellten Vormundschaft Kenntnis erhalten haben und die rechtlichen Belange eines Mündels (Unterhaltgeltendmachung, Vermögensanlagen, Mietverträge) nur unzureichend oder verspätet bearbeitet wurden.

8.2 DURCHFÜHRUNG AUSGEWÄHLTER ARBEITSABLÄUFE

8.2.1 VERFAHRENSABLAUF BEI SORGERECHTSENTZUGSVERFAHREN

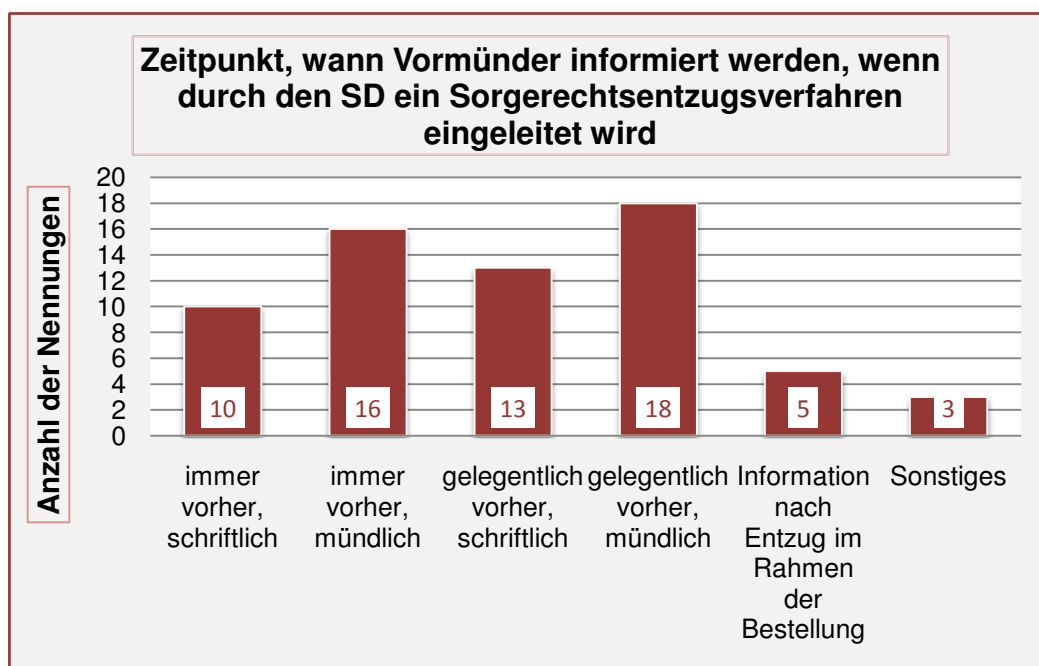


Abbildung 5: Einleitung Sorgerechtsentzugsverfahren

Die obenstehende Grafik veranschaulicht, zu welchem Zeitpunkt der Bereich Vormundschaft informiert wird, wenn durch den ASD/SD ein Sorgerechtsentzugsverfahren eingeleitet wird:

Als sonstige Angaben wird aufgeführt, dass es a) kaum Informationen gibt, es b) wenn überhaupt, Informationen nur bei Bedarf gibt und dass c) eine neue Kooperationsvereinbarung in Arbeit ist und der Bereich Vormundschaft künftig immer vorher, mündlich informiert werden soll. Zweimal wird angemerkt, dass die Informationsweitergabe seitens des ASD/SD vom einzelnen Sachbearbeiter abhängt und damit von Fall zu Fall verschieden ist.

Im Rahmen eines Sorgerechtsentzugsverfahrens nimmt in 82% der Fälle der Mitarbeiter des SD am Gerichtsverfahren teil, in 16% auch der künftige Vormund.

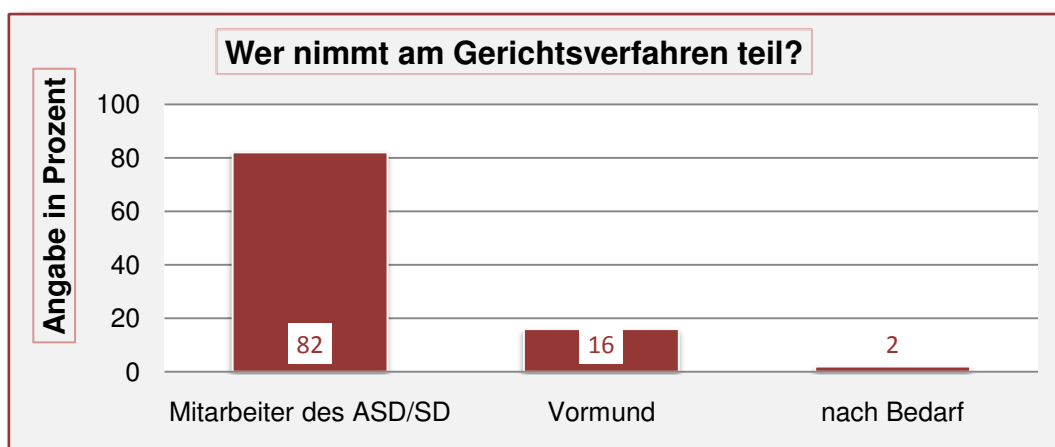


Abbildung 6: Teilnahme am Gerichtsverfahren

Es wird von allen Befragten bestätigt, dass nach einem (teilweisen) Entzug der elterlichen Sorge durch das Familiengericht, die Aufgabe der gesetzlichen Vertretung des Mündels von einem Mitarbeiter der Vormundschaft wahrgenommen wird. Ein Vormund machte die Angabe, dass oft eine Einzelvormundschaft angeordnet wird.

8.2.2 HILFEPLANGESPRÄCHE

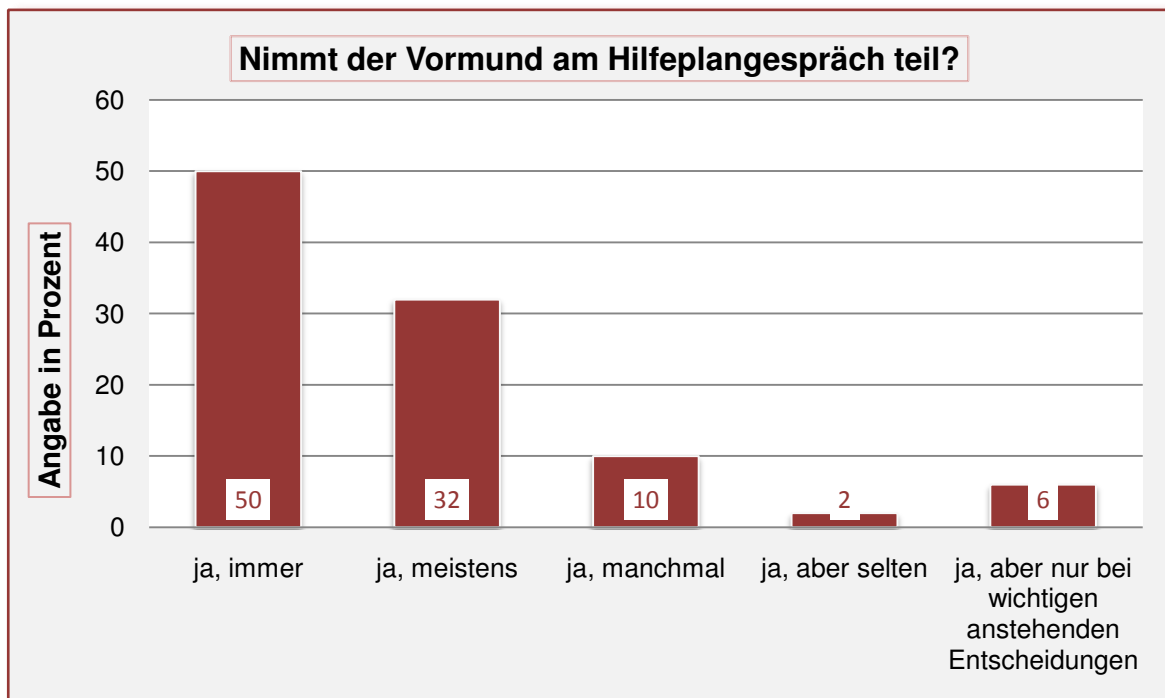


Abbildung 7: Teilnahme des Vormunds am Hilfeplangespräch

50% aller befragten Vormünder bzw. Mitarbeiter des SD geben an, der Vormund nimmt immer am **Hilfeplangespräch** (HPG) teil. Die Grafik verdeutlicht, dass der Vormund in weiteren 50% der Fälle „meistens“, „manchmal“, „selten“ oder „nur bei wichtigen anstehenden Entscheidungen“ am HPG teilnimmt.

Im Hinblick auf das neue Gesetz wurde von einem Mitarbeiter angemerkt, dass der Vormund künftig immer am HPG teilnehmen soll. Je nach Thema nimmt der Vormund teilweise nicht bis zum Ende des Gesprächs am HPG teil.

In einer Frage werden die Mitarbeiter aus der Vormundschaft bzw. des SD befragt, welche **Gründe** dazu führen, dass der **Vormund nicht an jedem HPG teilnehmen kann**. 31% der Befragten benannten an erster Stelle das Problem der fehlenden Zeit.

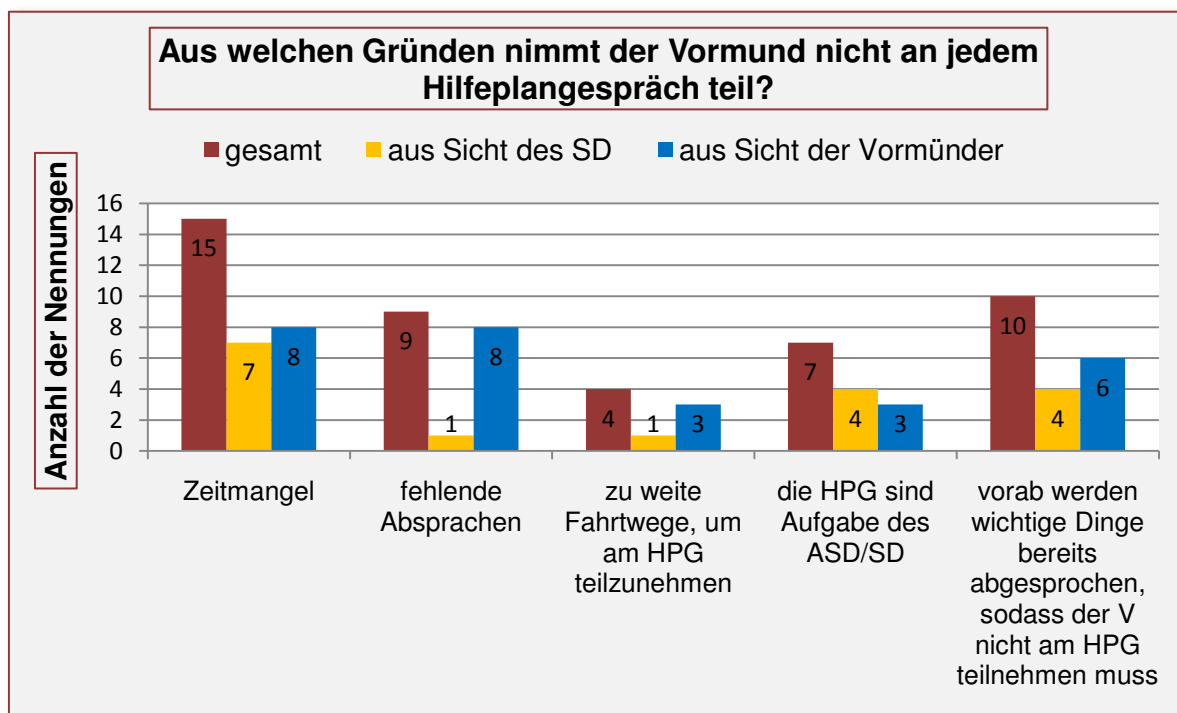


Abbildung 8: Vormund und Hilfeplangespräch

An zweiter Stelle wird von 20% der Befragten erklärt, dass bereits im Vorfeld wichtige Dinge abgesprochen werden, sodass der Vormund nicht an jedem HPG teilnehmen muss. Fehlende Absprachen werden insgesamt von 18% der Befragten als Problem erkennen. Interessant ist aber, dass 16% der Vormünder und nur 2% der Mitarbeiter des SD dieses Problem erkennt. 14% sehen die Wahrnehmung der Hilfeplangespräche als Aufgabe des SD an. In 8% der Fälle sind zu weite Fahrtwege ein Grund, der den Vormund an der Teilnahme des HPG hindert. Je zwei Vormünder vertreten die Meinung, es würde ausreichen, den Vormund im Nachhinein zu informieren und dass die HPG mit den Sprechzeiten des Vormunds nicht zu vereinbaren sind. Als weiteren Grund wird seitens der Vormundschaft Personalknappheit bzw. nicht besetzte Stellen als hindernder Grund genannt.

Alle Befragten geben an, dass der Mitarbeiter des SD beim **Hilfeplanverfahren** die **Federführung** übernimmt. Dabei sieht ein befragter Mitarbeiter diese Aufgabe jeweils als vom Einzelfall und Problem abhängig. Mit 70% der Antworten sehen die Mehrzahl der Befragten die **Rolle des Vormunds** im HPG als aktiv beteiligt an, während 24% die Angabe machen, der Vormund würde hin und wieder Anregungen ins Gespräch einbringen. 6% der Befragten machen zur Rolle des Vormunds während des HPG Angaben dazu, dass die Rolle von mehreren Faktoren abhängig ist und von Mitarbeiter zu Mitarbeiter variiert. Der Vormund nimmt teils aktiv am Gespräch teil und hält sich teilweise mit Aussagen eher zurück.

Die nachstehende Grafik verdeutlicht, wie die Befragten den **Ablauf des HPG** beschreiben.

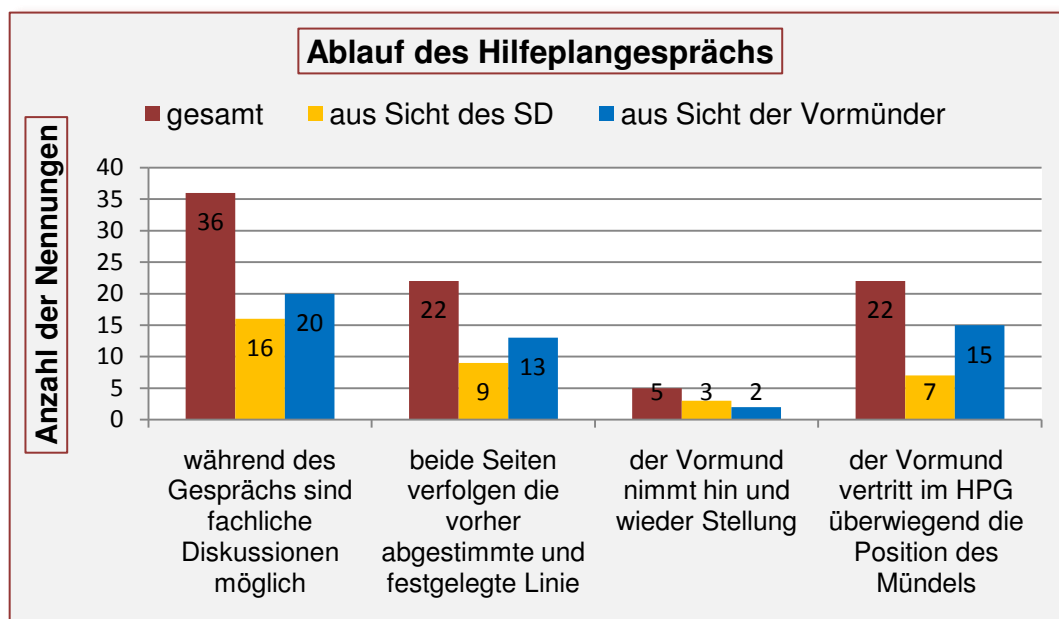


Abbildung 9: Ablauf des Hilfeplangesprächs

Mit 36 Nennungen geben 72% der Befragten an, dass während des Hilfeplangesprächs fachliche Diskussionen möglich sind. Dass beide Seiten die vorher abgestimmte und festgelegte Linie verfolgen, bestätigen 44% der Befragten, ebenso, dass der Vormund im HPG überwiegend die Position des Mündels vertritt. Von den insgesamt 44% geben 30% der Vormünder an, dass sie die Position des Mündels vertreten, hingegen

bestätigen seitens des ASD nur 14% der Mitarbeiter diese Position des Vormunds.

Seitens der Befragten wird fünfmal genannt, der Vormund nimmt im HPG hin und wieder Stellung. Ein Vormund geht in seiner Antwort darauf ein, dass eine gemeinsame vorherige Erörterung und Lösungsfindung erfolgt.

Eine Frage beleuchtet, wie die **Absprachen vor einem HPG** funktionieren bzw. ob sie überhaupt stattfinden. 88% aller Befragten (44 Nennungen) bestätigen, dass im Vorfeld eines HPG zwischen dem Vormund und dem Mitarbeiter des SD Gespräche stattfinden, in denen Fachfragen geklärt und eine gemeinsame Richtung festgelegt wird. Während dieser vorigen Absprachen kommt es bei 34% (17 Nennungen) der Befragten zu Aushandlungsprozessen. Mit 4 Nennungen finden in 8% der Fälle keine Absprachen vor einem HPG statt. Ein Mitarbeiter aus der Vormundschaft

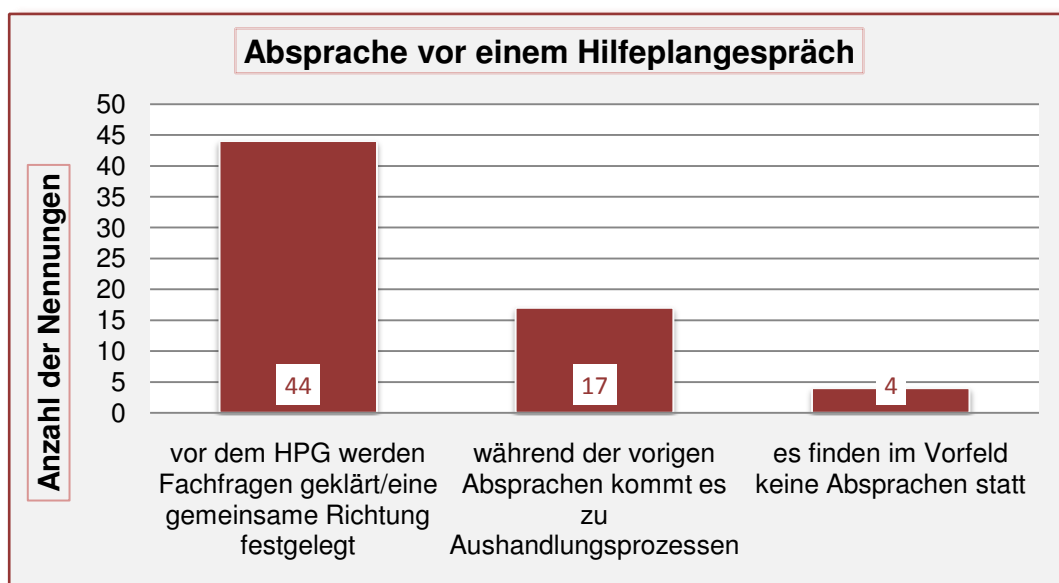


Abbildung 10: Absprachen vor einem Hilfeplangespräch

bestätigt vorherige Absprachen und die alleinige Richtungsfestlegung durch den SD. Ein anderer Mitarbeiter der Vormundschaft bestätigt die Vorgehensweise, dass zwar im Vorfeld Absprachen stattfinden, der Vormund dann aber die Richtung allein festlegt. Ein Mitarbeiter des SD merkt an, dass Abstimmungsgespräche ebenso gut im HPG geführt werden können.

Folgende Grafik veranschaulicht in Prozent, inwieweit der **Vormund in die Meinungsbildung und Teamgespräche mit einbezogen** wird:

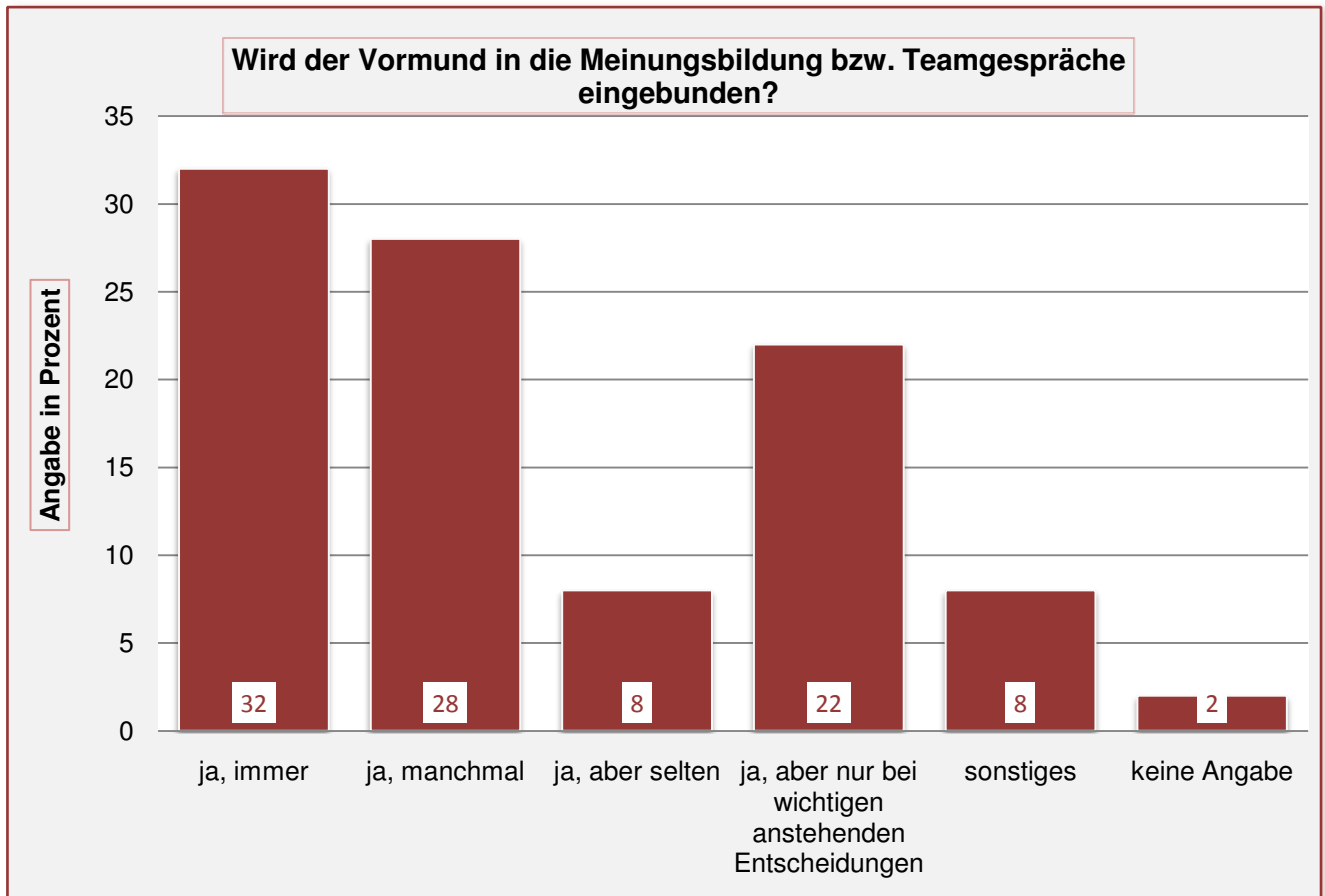


Abbildung 11: Einbindung des Vormunds in die Meinungsbildung

Als sonstige Angaben wird aufgeführt, dass der Vormund meistens in Teamgespräche eingebunden wird. Seitens des SD wird angemerkt, dass die Vormünder zwar zum HPG eingeladen werden, aber nicht daran teilnehmen. Die Einbindung in die Meinungsbildung ist aus Sicht der Vormundschaft stark vom einzelnen Sozialdienstmitarbeiter abhängig.

Alle Befragten machen die Angabe, dass der Mitarbeiter des ASD/SD **nach einem HPG** das **Protokoll** schreibt.

8.3 DAS VERHÄLTNIS ZWISCHEN DER VORMUNDSCHAFT UND DEM SOZIALEN DIENST

In 58% (29 Nennungen) der befragten Stadt-/Landkreise gibt es zwischen Vormündern und Mitarbeitern des Sozialen Dienstes bereits eine **Kooperationsvereinbarung** mit entsprechender Rollenzuweisung. Es wird mehrfach genannt, dass im Hinblick auf das neue Gesetz eine neue Kooperationsvereinbarung in Arbeit ist bzw. eine bestehende Kooperationsvereinbarung überarbeitet werden soll bzw. bereits überarbeitet wurde.

Mit 21 Nennungen machen 42% der Befragten die Angabe, dass sich eine klare Aufgabenverteilung über die Jahre eingespielt hat. Obwohl eine klare Rollenzuweisung vorhanden ist, führt die Aufgabenverteilung trotzdem in 36% der Fälle (18 Nennungen) hin und wieder zu Konflikten. Diese Angabe wird von 24% der Vormünder und 12% der Mitarbeiter des SD bestätigt. Dass die Aufgabenverteilung oft unklar ist, bestätigen 6% der Mitarbeiter des SD.

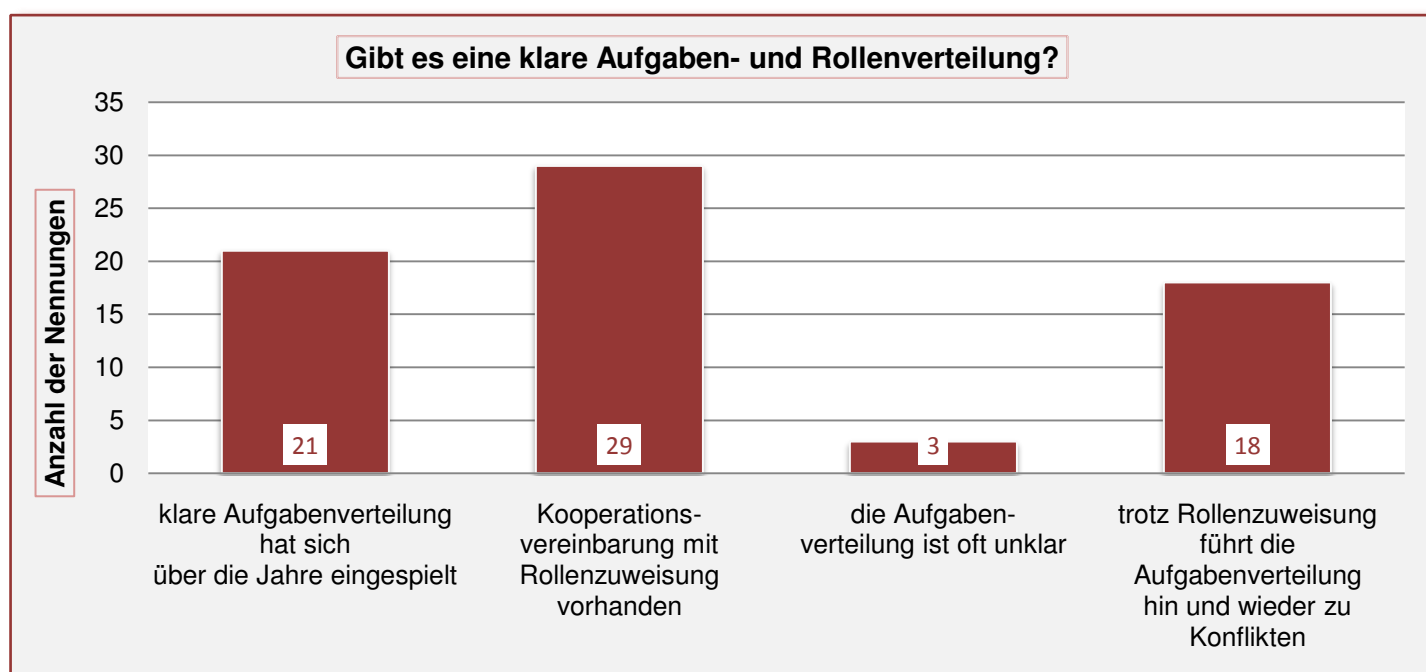


Abbildung 12: Aufgaben-/Rollenverteilung

Mit einer Übereinstimmung von 92% besteht Einigkeit darüber, dass die **Informationsweitergabe** zwischen dem Vormund und dem Mitarbeiter des SD/ASD in beide Richtungen erfolgt. Dass die Informationsweitergabe hauptsächlich vom SD an den Vormund erfolgt, bestätigen 6% der Befragten. Lediglich 2% vertreten die Meinung, dass hauptsächlich Informationen vom Vormund an den Mitarbeiter des SD weitergegeben werden.

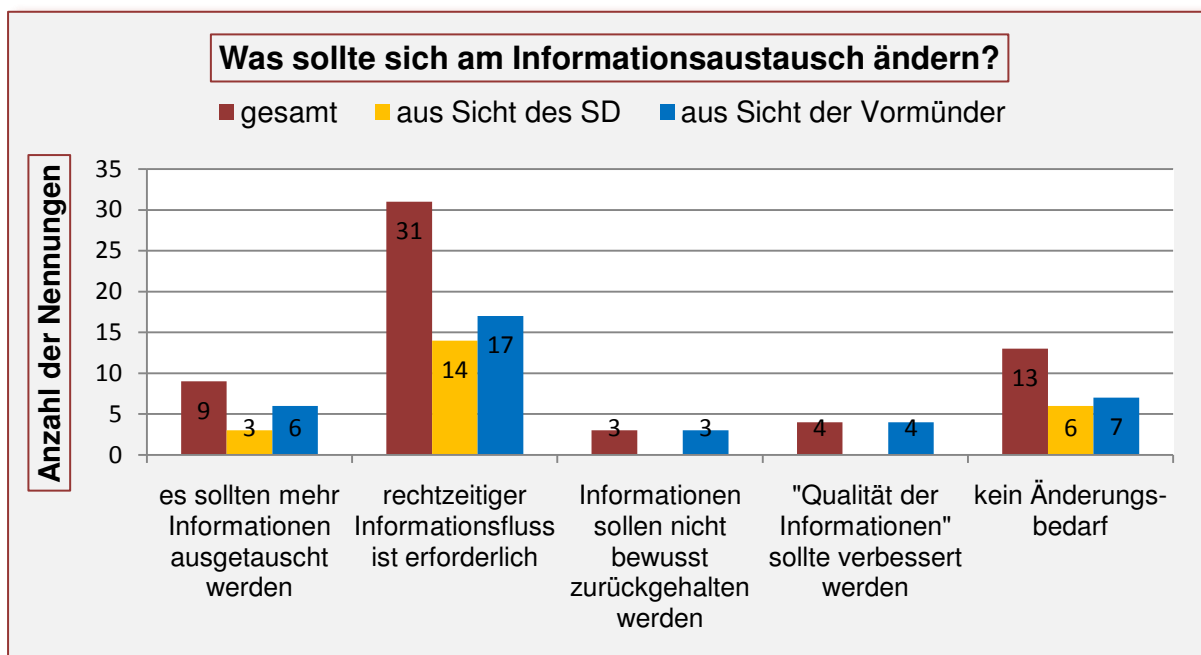


Abbildung 13: Änderungen Informationsaustausch

Insgesamt bestätigen 74% der Befragten, dass sich am Informationsaustausch etwas verändern sollte. Lediglich 26% sind mit dem bisherigen Informationsaustausch zufrieden.

Dass unbedingt ein rechtzeitiger Informationsfluss zwischen beiden Bereichen erforderlich ist, belegen die 63% der Antworten (31 Nennungen). 18% (9 Nennungen) sehen die Notwendigkeit, dass mehr Informationen ausgetauscht werden sollen. Seitens der Vormünder wird bemängelt, dass Informationen bewusst zurückgehalten werden und dass insgesamt die Qualität der Informationen verbessert werden muss.

Wenn **unterschiedliche fachliche Einschätzungen zwischen den beiden Bereichen** vorliegen, entscheiden sich 96% der Befragten dafür, den Versuch zu unternehmen, eine gemeinsame Lösung zu finden. 68% der Mitarbeiter aus beiden Bereichen beziehen in Konfliktfällen den Vorgesetzten mit ein. Insgesamt 12% (davon 10% aus Sicht der Vormünder) vertreten die Meinung, dass der Vormund auch gegen das Votum des SD zu entscheiden hat. Ein Vormund sieht in Konfliktfällen eine gemeinsame Supervision als hilfreich an. Seitens des SD wird angemerkt, dass jeder seine Verantwortung wahrnimmt.

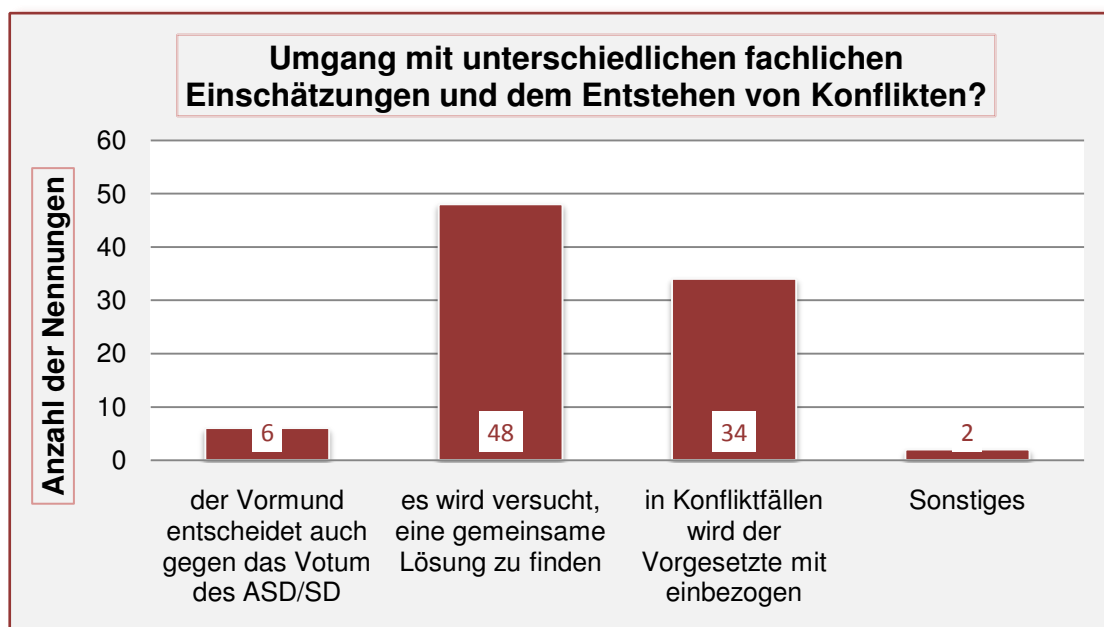


Abbildung 14: Umgang mit unterschiedlichen fachlichen Einschätzungen und dem Entstehen von Konflikten

Welche Faktoren die **Qualität einer guten Zusammenarbeit** ausmachen, verdeutlicht die nachstehende Grafik. Die am häufigsten genannten Faktoren sind:

- angemessener Informationsfluss in beide Richtungen (96%)
- ausreichendes Personal (80%)
- örtliche und räumliche Gegebenheiten, z. B. die Nähe zum V bzw. SD (64%)

- gegenseitiges Kennen (64%)

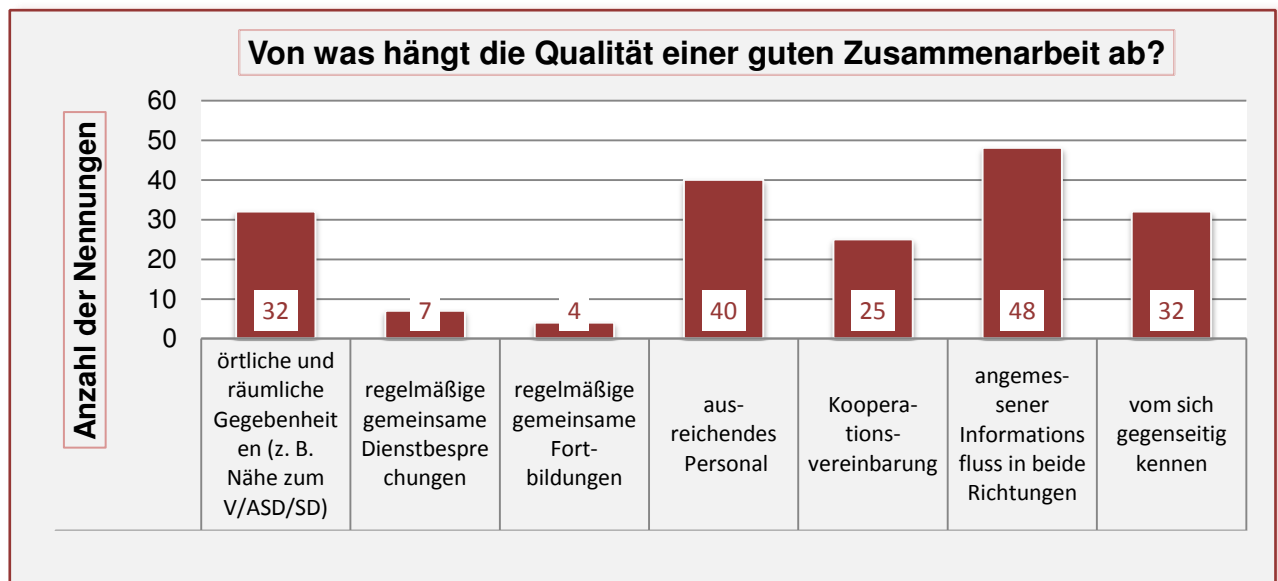


Abbildung 15: Die Qualität einer guten Zusammenarbeit

Als sonstige Angaben werden als wichtige Faktoren für eine gute Zusammenarbeit ebenfalls genannt: gegenseitige Wertschätzung, die passende Organisationsform, richtiges persönliches Verhalten, die passende „Chemie“ und eine gemeinsame Kantinennutzung.

Auf die Frage, **welche Bereiche eine gute Kooperation beeinträchtigen**, nennen 82% der Befragten zu hohe Fallzahlen, 86% Unklarheiten über die jeweilige Rolle und Funktion als hindernde Faktoren für eine gute Kooperation. Außerdem sind ungünstige Arbeitsstrukturen, die Kopplung bzw. Mischung mit anderen Aufgaben, Probleme bei Terminabsprachen und begrenzte Zeitfenster mit vielen Beteiligten weitere Faktoren, die eine gute Zusammenarbeit beeinträchtigen.

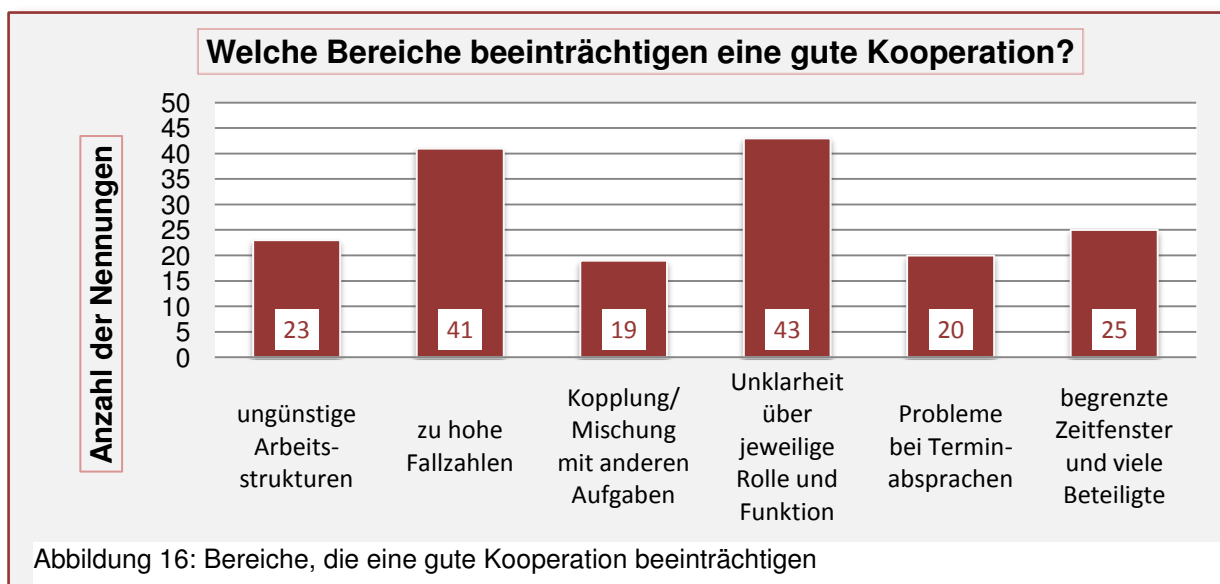


Abbildung 16: Bereiche, die eine gute Kooperation beeinträchtigen

14% der Befragten sehen in einer **guten Kooperation** auch **Nachteile**: Bezugnehmend auf den bestehenden Personalnotstand würde eine gute Kooperation auch mit einem erheblichen Zeitaufwand verbunden sein. Mit genannt wird das Problem, dass die Rollen des Einzelnen nicht mehr klar erkennbar wären und sich aus Sicht der Befragten sogar vermischen könnten. Es sei schwierig, das Mündel mit eigenen, abweichenden Interessen zu vertreten, wenn die fachliche Meinung von der des Mündels abweichend ist. Aus Sicht der befragten Personen könnte eine enge Zusammenarbeit zu Misstrauen beim Mündel führen. Bei einer guten Kooperation sei außerdem die Konfliktbereitschaft geringer.

78% der Befragten sehen in **einer guten Kooperation keine Nachteile**. Einige der Befragten begründen ihre Antwort damit, dass mit einer guten Zusammenarbeit die Fallsteuerung gelingt, die Ziele der Jugendhilfe zeitnah erreicht werden können und durch eine gemeinsame Linie und klare Vorgaben auch das hilfebedürftige Mündel von der Kooperation profitiert. Betont wird auch, dass beide fachliche Meinungen wichtig sind und dass nur mit Klarheit und in einer verantwortlichen Wahrnehmung der jeweiligen Rolle/Funktion das Wohl des Kindes gewährleistet werden kann. Gegenseitiger Respekt mit Beachtung des Datenschutzes ist unerlässlich für die verantwortungsvolle Wahrnehmung der Mündelinteressen, welche immer im Vordergrund stehen sollten. 8% machten keine Angaben.

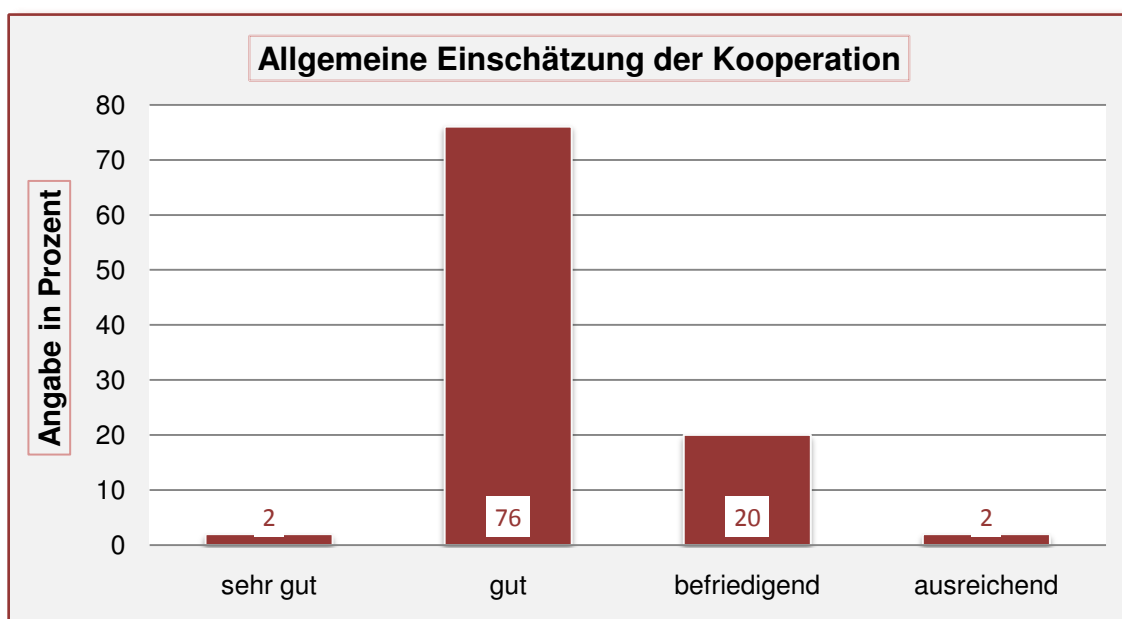


Abbildung 17: Allgemeine Einschätzung der Kooperation

Werden die Mitarbeiter nach einer **allgemeinen Einschätzung der Kooperation** befragt, sprechen 76% von einer „guten“ Kooperation. 20% sehen die Kooperation zwischen den beiden Bereichen als „befriedigend“ an, während je 2% die Wertung „sehr gut“ und „ausreichend“ vergeben.

8.4 SELBST-/FREMDBILDER

Unter diesem Punkt soll zusammenfassend dargestellt werden, wie jeweils Vormünder und Mitarbeiter des Sozialen Dienstes ihre eigene Rolle/Funktion bzw. die Rolle/Funktion des anderen Arbeitsbereiches sehen.

8.4.1 ROLLEN UND FUNKTIONEN AUS SICHT DER VORMUNDSCHAFT

Aus **Sicht der Vormünder** herrscht große Übereinstimmung, dass sie als **Vormünder** als **gesetzlicher Vertreter des Kindes** in allen rechtlichen Fragen fungieren. Der Vormund übt die elterliche Sorge für ein Kind aus und tritt an Eltern statt als Vertreter des Kindes auf. Damit verbunden ist die Wahrnehmung von Elternrechten und -pflichten. Letztendlich hat der Vormund die Entscheidungen für sein Mündel zu treffen. Aus Sicht der Vormünder soll, losgelöst von der Aufgabe der rechtlichen Vertretung, ein **persönliches Verhältnis zum Mündel** aufgebaut werden.

Als **Vertreter der Interessen des Kindes** sehen sich die Vormünder in der Rolle:

- sich in das Kind hineinzusetzen, Interesse an ihm zu zeigen, die Bedürfnisse des Mündels zu erkennen und darauf einzugehen
- jederzeit als direkter Ansprechpartner bei Problemen aller Art zur Verfügung zu stehen (Schule, Finanzen, Polizei etc.)
- die Stellung des Mündels beim Hilfeplan zu stärken

Nicht einig sind sich die Vormünder darüber, ob die Interessenvertretung des Kindes losgelöst von wirtschaftlichen Interessen der Behörde ausgeübt werden soll. Ein befragter Vormund vertritt die Meinung, neben

den Kindesinteressen auch die wirtschaftlichen Interessen der Behörde vertreten zu müssen.

Die Vormünder sind sich bewusst, im Rahmen der **Ausübung der Elternverantwortung** notfalls die letzte Entscheidung für das Mündel treffen zu müssen. Es wird auch gesondert betont, dass Hilfemaßnahmen nur dann funktionieren können, wenn die **Kooperation mit dem Sozialen Dienst** funktioniert.

Aus Sicht der Vormünder sind die Mitarbeiter des Sozialen Dienstes (SD) zuständig für die **Hilfeplanung**. Der Soziale Dienst steuert den Hilfeplanprozess und organisiert in dessen Rahmen die Hilfeplangespräche. Der Soziale Dienst hat aus Sicht der Vormundschaft die **Kontakte zu den Herkunftsfamilien und zu den Heimen** zu pflegen. Die Vormünder schätzen die Fachkompetenz in sozialpädagogischen Fragen und sehen den Sozialen Dienst in der Rolle des **Leistungserbringers**. Der SD betreut das Kind sozialpädagogisch, bewertet Maßnahmen, gewährt Hilfen, steuert die Leistung und stellt den Rahmen zur Verfügung, der eine gute Entwicklung des Mündels sicherstellt. Neben der Rolle des SD als Leistungserbringer hat der Mitarbeiter des SD aus Sicht der Vormünder den **Schutzauftrag für das Kind** inne. Der SD ist mit seinem Hilfs- und Schutzauftrag Wächter über das Kindeswohl.

Aus Sicht der Vormünder ist eine **funktionierende Kooperation mit dem SD** notwendige Voraussetzung zur Sicherung des Kindeswohls. Mehrfach wird der Mitarbeiter des SD als beratende **Fachkraft für pädagogische Fragen** bezeichnet, was aus Sicht der Vormünder wertvoll und notwendig ist. Der SD erarbeitet Hilfeangebote, macht Vorschläge zur Stärkung der Defizite des Mündels und ist das Bindeglied zwischen Vormund und anderen Beteiligten. Seitens der Vormünder wurde der Wunsch deutlich, dass Vormund und Mitarbeiter des SD sich als „Mitstreiter“ gemeinsam für das Kindeswohl einsetzen und gemeinsam Entscheidungen treffen (als

Beispiel wurde die geeignete Unterbringungsform genannt). Beide Seiten sollen sich in ihrer Arbeit ergänzen.

8.4.2 ROLLEN UND FUNKTIONEN AUS SICHT DES SOZIALEN DIENSTES

Der **Soziale Dienst** sieht **sich selbst** in der Rolle des **Beraters aller Beteiligten** (Kind, Eltern, Vormund, Einrichtung bzw. Pflegefamilie etc.). Dem SD obliegt die **Steuerung und Durchführung der Hilfeplanung**, dabei klärt der einzelne Sozialdienstmitarbeiter den Hilfebedarf, erstellt eine sozialpädagogische Diagnose, leitet bedarfsgerechte Hilfen ein und übernimmt die Steuerungsverantwortung bei laufender Hilfe zur Erziehung. Fokussiert auf das Kindeswohl hat der SD die unterschiedlichen Sichtweisen von Rollenträgern im Hilfeprozess zu vermitteln und zu koordinieren. Den Mitarbeitern des SD ist ihr „doppeltes Mandat“ bewusst: Einerseits mit Beratungs- und Unterstützungsfunktion, andererseits zur Wahrnehmung des **staatlichen Wächteramts** das **Wohl des Kindes sicherzustellen**. Zur Gewährleistung des Kinderschutzes wird seitens des SD eine **gute Kooperation mit den Vormündern** genannt. Nur unter Einbeziehung aller Beteiligten, zu denen auch der Vormund gehört, kann die Fallsteuerung des SD gelingen. Der SD berät den Vormund, handelt Hilfen aus, erarbeitet gemeinsam mit dem Vormund die Bedingungen einer Hilfe zur Erziehung und prüft die Anträge der Vormünder auf die Notwendigkeit hin.

Den **Vormund** sehen auch die Mitarbeiter des Sozialen Dienstes als **gesetzlichen Vertreter des Kindes** an, der an Eltern statt für ein Kind die elterliche Sorge komplett oder teilweise ausübt. Der Vormund hat die **Kindesinteressen zu vertreten** und das Mündel zu unterstützen. Nur einer von 23 SD-Mitarbeitern führte an, dass der **Vormund letztendlich in der Verantwortung** für das Mündel steht. Ebenso ein SD-Mitarbeiter gab an, dass die Sicherstellung des Kinderschutzes nur in Kooperation mit dem Vormund gewährleistet werden kann.

8.4.3 ROLLEN UND FUNKTIONEN VON MITARBEITERN MIT DOPPELFUNKTION

Mitarbeiter eines Stadt-/Landkreises (siehe Punkt 8.1.3) äußerten sich zur Wahrnehmung von Vormundschaftsaufgaben und Aufgaben des ASD, die derzeit noch in Personalunion wahrgenommen werden. Einen Vorteil dieser Konstellation sehen die Mitarbeiter in den guten Fallkenntnissen. Als Nachteil wird jedoch angesehen, dass aufgrund der unterschiedlichen fachlichen Fragestellungen erhebliche Rollen- und Interessenkonflikte entstehen können.

Geplant ist eine Aufhebung der Doppelfunktion mit klaren Kooperationsregeln. Gründe, die diese Entscheidung mit beeinflussten, liegen in der mangelhaften Kommunikation zwischen den beiden Bereichen und der Tatsache, dass viele Mitarbeiter die unterschiedlichen Tätigkeiten (was zum Aufgabengebiet des Sozialen Dienstes bzw. was zur Beistandschaft gehört) oft nicht richtig trennen konnten. Die bisherige Verfahrensweise konnte die Weisungsfreiheit des Vormunds nicht im erforderlichen Umfang gewährleisten, weil der einzelne Mitarbeiter an die haushaltsrechtlichen und fachlichen Vorgaben gebunden ist. Eine unabhängige Interessenwahrnehmung und bestmögliche Förderung des Kindes konnte aus diesen Gründen nicht sichergestellt werden.

8.5 VERÄNDERUNGSVORSCHLÄGE

Die Mitarbeiter aus beiden Fachbereichen wurden befragt, ob sie **konkrete Veränderungsvorschläge für eine bessere Zusammenarbeit**, insbesondere im Hinblick auf das Gesetz zur Änderung des Vormundschaftsrechts haben. Sowohl von Seiten der Vormundschaft als auch seitens des SD wird angemerkt, dass es bisher noch keine Überlegungen zur Gesetzesänderung gibt, der Gesetzentwurf sei in der Praxis noch nicht ausreichend bekannt. Andere geben wiederum an, dass im Hinblick auf das neue Gesetz schon bestimmte Abläufe/Strukturen verändert wurden.

Ausschließlich Mitarbeiter aus der Vormundschaft gehen auf die sich durch das Gesetz ergebende **geänderte Rolle des Vormunds** ein. Der Vormund muss eine gestärkte Position haben, einen guten Informationsfluss zum SD herstellen und insgesamt enger in die Hilfeplanung einbezogen werden. Damit verbunden ist ein deutlich erhöhter Abstimmungsbedarf zwischen Vormund und dem SD.

Vormünder und der SD sind sich darüber einig, dass sich der **Informationsaustausch** verbessern muss. Für eine gute Kooperation sehen beide Seiten klare **Absprachen über die Rollenverteilung** und einen **intensiven persönlichen Austausch** mit früher Beteiligung des anderen Fachbereiches als unbedingt notwendig an. Nur mit eindeutiger Rollenverteilung und klaren Verfahrensabläufen kann eine gute Kooperation gelingen, da ansonsten das Konfliktpotenzial steigt. Eine bessere Kenntnis der Arbeitsabläufe und das Wissen um Grenzen und Möglichkeiten der „anderen Seite“ fördern das gegenseitige Verständnis und verringern das Risiko von gegenseitigem Unverständnis und Missverständnissen erheblich.

Viele Anregungen zur Veränderung gibt es im Hinblick auf eine **Kooperationsvereinbarung** zwischen den beiden Fachbereichen. Teilweise ist noch keine Vereinbarung vorhanden, aber in Planung, um intern ausführliche Kooperationsverfahren abzustimmen und festzulegen. Andere haben im Hinblick auf das neue Gesetz ihre bestehende Kooperationsvereinbarung bereits überarbeitet. Mit aufgenommen wurde die gestärkte Rolle des Vormunds dahingehend, dass dieser künftig früher und viel umfassender in die Entscheidungsfindung zum Wohle des Kindes mit einbezogen werden muss. Von Seiten des SD wird angemerkt, dass eine Vereinbarung zwar hilfreich sein kann, aber immer von der persönlichen Haltung jedes Einzelnen abhängig ist.

Einige Mitarbeiter aus der Praxis nehmen Bezug auf die personellen Auswirkungen des neuen Gesetzes. So ist eine **Aufstockung des Personals** unbedingt notwendig, damit die gesetzlichen Vorgaben von 50

Vormundschaften pro Vollzeitstelle und einem monatlichen Kontakt zu jedem Mündel sichergestellt werden können. In der Praxis werden deshalb schon Stellenplananträge gestellt bzw. sind schon gestellt worden. Seitens der Vormundschaft kam der Vorschlag auf, die Fallzahlen auf 40 zu begrenzen.

Im Hinblick auf das neue Gesetz kommt seitens der Vormundschaft die Überlegung auf, **Vormundschaften von Beistandschaften zu trennen**. Eine Trennung würde sich aus Sicht der Vormünder deshalb positiv auf die Zusammenarbeit zwischen dem SD und den Vormündern auswirken, weil das Führen von Vormundschaften mit dem damit verbundenen umfassenden Aufgabenspektrum konzentriert von einem Sachbearbeiter ermöglicht wäre. Seitens der Vormundschaft wird vorgeschlagen, im Falle einer Trennung von Vormundschaften/Beistandschaften, das Team der Vormünder mit ausgebildeten Sozialpädagogen zu verstärken.

Um das eigene Wissen auszuweiten, wird der Vorschlag angebracht, **regelmäßige Fortbildungen/gemeinsame Klausurtage** zu veranstalten. Ein Vormund äußert den Wunsch, sich in **gemeinsamen Dienstbesprechungen** gegenseitig Neues aus den jeweiligen Sachgebieten bekanntzugeben.

Seitens des SD wird angemerkt, dass eine Gleichstellung in der **Bezahlung** mit Mitarbeitern aus der Vormundschaft angebracht wäre.

9. ZUSAMMENFASSENDE BEWERTUNG DER EMPIRISCHEN ERHEBUNG

Abschließend sollen die wichtigsten Erkenntnisse der empirischen Erhebung herausgegriffen und zusammenfassend bewertet werden. Verschiedene Anregungen aus der Praxis werden hierbei berücksichtigt und zeigen **Möglichkeiten für sinnvolle Änderungen in der Praxis auf**. Dabei fließen eigene Anregungen der Autorin und Ansätze aus der Fachwelt in die Bewertung mit ein.

9.1 ASPEKTE ZUR ORGANISATIONSSTRUKTUR

Die Ergebnisse der Befragung und die weite Verbreitung in den baden-württembergischen Jugendämtern belegen, dass Amtsvormundschaften von Mitarbeitern geführt werden, die nicht nur in diesem Aufgabenbereich, sondern noch in weiteren Tätigkeitsfeldern Aufgaben wahrnehmen. Zu diesen Aufgaben gehören meist das Führen von Beistandschaften und die Durchführung von Beratungen und Beurkundungstätigkeiten. Aufgrund der Tatsache, dass die Arbeitszeit nicht allein für Tätigkeiten im Rahmen des Führens einer Amtsvormundschaft zur Verfügung steht, muss der einzelne Mitarbeiter Prioritäten in der Reihenfolge der Aufgabenerfüllung setzen. Die hohe Erwartungshaltung des beauftragenden Elternteils auf schnelle Fallbearbeitung führt bei den Beistandschaften dazu, dass die Prioritäten in der täglichen Aufgabenwahrnehmung oft zuungunsten der Vormundschaften gesetzt werden. Weiter ist anzumerken, dass die **Herangehens-/Arbeitsweise** bei Vormund- und Beistandschaften **wesentliche Unterschiede** aufweist. Vormund und Beistand haben ein unterschiedliches Rollenverständnis: Der Beistand führt eine Dienstleistung aufgrund einer freiwilligen Entscheidung des alleinerziehenden Elternteils aus und unterstützt das alleinerziehende Elternteil bei der Ausübung der Personensorge. Adressat des Amtsvormunds hingegen ist das von ihm vertretene Kind. Er vertritt allein die Kindesinteressen und hat sich im Hinblick auf die gesetzlichen Neuregelungen vermehrt sozialpädagogische Kenntnisse anzueignen. In den Jugendämtern setzt aus den genannten Gründen vermehrt eine Diskussion darüber ein, Mischarbeitsplätze aufzulösen, um die Aufgaben einer Vormundschaft spezialisiert wahrnehmen zu können. Diese Maßnahme stellt einen wichtigen Schritt dar, dem vom Gesetzgeber geforderten neuen Rollenverständnis des Amtsvormunds besser gerecht werden zu können. In längerfristiger Betrachtung wird deshalb eine Spezialisierung der Vormundschaft und somit die Auflösung der

Mischarbeitsplätze notwendig sein.⁷⁴ Durch die Konzentration auf die Rolle des Vormunds werden insgesamt positive Auswirkungen auf die Qualität der Arbeit festzustellen sein. Eine „Entmischung der Aufgaben“ wird beispielhaft von den Landesjugendämtern Rheinland und Westfalen gefordert.⁷⁵

Der sich an der Umfrage beteiligte Stadt-/Landkreis (siehe Auswertung unter 8.4.3), in dem noch keine Rollentrennung vorliegt, gab an, dass die Trennung der Rollen in Planung ist. Eine **klare Trennung der Rollen und Aufgaben ist unerlässlich**, weil sonst für den einzelnen Mitarbeiter erhebliche Interessenkollisionen entstehen können. Der Mitarbeiter des ASD hat die Belange aller Beteiligten zu beachten, der Vormund ist ausschließlich dem Kindeswohl verpflichtet und muss diese Funktion deshalb unabhängig wahrnehmen können. Dass sich die Arbeitsstrukturen auch auf die Kooperation auswirken, bestätigen die Zahlen der Umfrage: 46% der Befragten sehen ungünstige Arbeitsstrukturen, 38% die Kopplung bzw. Mischung mit anderen Aufgaben als Faktor, der sich negativ auf eine gute Zusammenarbeit auswirkt. In der Praxis wurden zum Teil schon jetzt Abläufe und Strukturen verändert, andere planen notwendige Änderungen vorzunehmen.

9.2 SORGERECHTSENTZUGSVERFAHREN

In der praktischen Handhabung gibt es deutliche Unterschiede hinsichtlich des Zeitpunkts, wann der Vormund durch den ASD über die geplante Einleitung eines Sorgerechtsentzugsverfahrens informiert wird. 20% der Befragten werden immer vorher schriftlich informiert, 32% immer mündlich. 62% der Befragten werden vorab gelegentlich schriftlich oder mündlich informiert, 10% erst nach dem Entzug der elterlichen Sorge.

⁷⁴ Vgl. Entwurf Aufgabenbeschreibung für den Amtsvormund, entworfen von einer Arbeitsgruppe, Stand 08/2011, S. 3, 17 u. 26.

⁷⁵ Aufgabenentmischung, Arbeits- und Orientierungshilfe der Landesjugendämter Rheinland und Westfalen, Stand: 1. 7. 2010.

Folgende Ausgangslage wird angenommen: Der ASD erlangt Kenntnis von einer möglichen Kindeswohlgefährdung, es droht ein Sorgerechtsentzug, das Jugendamt muss voraussichtlich zum Amtsvormund bestellt werden, weil kein geeigneter Einzelvormund zur Verfügung steht. Die Gewährung einer Hilfe zur Erziehung ist notwendig. Der idealtypische Verfahrensablauf gestaltet sich nach Christa Wolfs Meinung folgendermaßen:

- Der ASD kontaktiert den Amtsvormund und informiert den AV über Besonderheiten des Falles, der AV berät den ASD hinsichtlich der Formulierung des Sorgerechtsentzugs
- ASD und AV beraten gemeinsam das weitere Vorgehen
- Dann stellt der ASD den Antrag auf Entzug der elterlichen Sorge beim Familiengericht
- Nach Eingang des Beschlusses des Familiengerichts stellt der ASD sicher, dass der AV den Beschluss erhält⁷⁶

9.3 HILFEPLANVERFAHREN-/GESPRÄCHE

Aus § 36 Abs. 1 S. 1 SGB VIII ergibt sich für den Inhaber der Personensorge ein Beratungsanspruch durch das Jugendamt, der sich insbesondere auf die Art der geeigneten Hilfe zur Erziehung und deren Folgen für das Kind erstreckt. Als Inhaber der Personensorge und Inhaber des Wunsch- und Wahlrechts (§ 5 Abs. 1 S. 1 SGB VIII), muss der Vormund am Prozess der Entscheidungsfindung beteiligt werden, auch wenn die Verantwortung für die Auswahl und Gewährung der richtigen HzE immer beim Jugendamt (also beim Sozialen Dienst) liegt. Bei einer voraussichtlich länger dauernden HzE, muss ein Hilfeplan mit Angaben über den erzieherischen Bedarf und die geeignete konkrete Hilfe erstellt werden. Der Vormund muss somit als Interessenvertreter des Kindes bei der Auswahl der HzE und bei bestehenden HzE-Leistungen am Überprüfungsprozess zur weiteren Eignung und Notwendigkeit einer HzE beteiligt werden.⁷⁷

⁷⁶ Vgl. Wolf, 2002, S. 103.

⁷⁷ Vgl. Schleicher, Hans, Jugend-und Familienrecht, 2010, S. 96 f.

Die persönliche Teilnahme des Vormunds an (möglichst) jedem Hilfeplangespräch ist deshalb eine **notwendige Maßnahme**, die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich fördern und gewährleisten zu können, wie es seit Juli 2011 fest im Gesetz verankert ist. Der Vormund muss sich persönlich einen Eindruck über die aktuelle Situation seines Mündels verschaffen. Deshalb reicht es auch nicht aus, wenn der SD die HPG alleine wahrnimmt. Immerhin sehen das 14% der Befragten so. Anhand der Umfrageergebnisse lässt sich feststellen, dass in dieser Hinsicht ein erheblicher Nachhol- bzw. Veränderungsbedarf besteht. Nur in 50% der Fälle nimmt der Vormund an jedem HPG teil. Seitens der Befragten aus der Praxis wurde vereinzelt die Notwendigkeit erkannt, dass der Vormund im Hinblick auf das neue Gesetz künftig immer am HPG teilnehmen sollte.

Als Hauptgrund, warum der Vormund nicht an jedem HPG teilnehmen kann, wurde seitens der Befragten das Problem der fehlenden Zeit genannt. Prof. Dr. Hildegund Sünderhauf berechnete in ihrem neuesten Fachaufsatz, wie viel Arbeitszeit dem Vormund künftig für **persönliche Kontakte** („Besuchszeit“) mit dem Mündel zur Verfügung stehen soll und wie viel Zeit für die **persönliche Förderung der Mündel** („Förderungszeit“) bleibt. Bei einer Fallzahl von 50, werden **rund drei Viertel (74%)** der Arbeitszeit eines vollbeschäftigten Amtsvormunds für Besuche des Mündels zur Pflege des persönlichen Kontakts benötigt. Weil nach der Gesetzesvorgabe des monatlichen Kontakts mit jedem Mündel im Jahr insgesamt 600 Besuche durchzuführen sind, wird die „Besuchszeit“ die Hauptbeschäftigung eines jeden Vormunds sein. Für die zweite zentrale Aufgabe, die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich zu fördern, verbleiben dem Vormund nach der Berechnung pro Mündel eine **halbe Stunde** im Monat (**14%** der Arbeitszeit). Die Teilnahme am Hilfeplanverfahren ist der äußerst spärlich vorhandenen „Förderungszeit“ des Vormunds zuzuordnen.⁷⁸ Diese Zahlen verdeutlichen

⁷⁸ Vgl. Sünderhauf, Hildegund, Fallzahlbingo: 30, 40 oder 50?, in: Das Jugendamt 06/07 2011, S. 295 ff.

die enorme Herausforderung, die auf die Praxis zukommen wird. Dass ein Vormund in einer halben Stunde monatlich das Mündel nicht ausreichend persönlich fördern kann, liegt auf der Hand.

Geht es um Absprachen vor einem HPG, lässt sich noch Verbesserungsbedarf feststellen. 8% der Befragten gaben an, dass keine Absprachen stattfinden. Auch wenn in der Mehrzahl der Fälle (88%) Absprachen stattfinden, kommt es nur bei knapp der Hälfte (34%) zu Aushandlungsprozessen. Diese sind notwendig, um den Interessen und Rechten des Kindes gerecht zu werden.⁷⁹ Aushandlungsprozesse entfallen z. B. dann, wenn zwischen Vormund und Mitarbeiter des SD Einigkeit über die weitere Vorgehensweise/Hilfeart besteht. Fachliche Reibungspunkte und Differenzen sind durch den natürlichen Interessenunterschied, bedingt durch die unterschiedlichen Rollen beider Seiten, durchaus gewollt. Eine **klare Funktionstrennung** ist vom Gesetz her angelegt. „Dass der Vormund dabei ein kritischer und vielleicht auch unbequemer Partner sein kann, darf und sollte den ASD natürlich nicht verwundern, sondern vielmehr erwartet werden!“⁸⁰

Wichtig ist, dass sich beide Seiten in ihren jeweiligen Funktionen gegenseitig akzeptieren und respektieren und sich als „Verbündete“ für das Wohl des Kindes einsetzen. Christa Wolfs Kommentar dazu:

„Doch auch unter Verbündeten gibt es mitunter Meinungsverschiedenheiten. Dann hat der Vormund eine lenkende Funktion, denn unzweifelhaft besteht zwischen ASD und Amtsvormund ein Machtgefälle. Der Amtsvormund kann die Hilfe zur Erziehung zu jedem Zeitpunkt beeinflussen, indem er eine Änderung der Hilfe beantragt, eine Änderung ablehnt oder die Hilfe beendet. Er muss dies tun, wenn er zu der Überzeugung gelangt, dass dies zum Wohl des Kindes erforderlich sei. Hier gibt es für ihn kein Aushandeln mehr. Es ist Aufgabe und Verantwortung des Amtsvormundes, die Rechte und das Wohl des von ihm vertretenen Kindes zu wahren. Dazu muss er alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen. Es ist nicht seine Aufgabe, Harmonie zwischen

⁷⁹ Vgl. Meysen, Thomas, Zweimal Jugendamt – das Gegenüber und Miteinander von Leistungsträger und Vormund/Pfleger in einem Amt, in: Peter Hansbauer (Hrsg.), Neue Wege in der Vormundschaft, 2002, S. 58.

⁸⁰ Vgl. Rüting, 2002, S. 173.

den Beteiligten herzustellen und schon gar nicht, sich den Sparzwängen der Kommunen zu unterwerfen.“⁸¹

Kritisch ist zu bewerten, dass nur 44% der Befragten angeben, der Vormund vertrete im HPG überwiegend die Position des Mündels. Im Umkehrschluss lässt sich hieraus erkennen, dass bei über der Hälfte der Befragten das Hilfeplanverfahren auch von anderen Interessen, etwa Interessen der eigenen Behörde, beeinflusst wird. Der Vormund muss sich jederzeit seiner Rolle als unabhängiger Interessenvertreter des Kindes bewusst sein. Er ist nicht Vertreter der Behörde Jugendamt. Deshalb hat sich die fachliche Position des Vormunds auch ausschließlich an den Belangen des Mündels zu orientieren und nicht an der Haushaltssituation der Behörde, weshalb der Vormund z. B. die geeignete Hilfe zur Erziehung nicht nach finanziellen Gesichtspunkten auswählen darf.

9.4 INFORMATIONSAUSTAUSCH

Die Ergebnisse der Umfrage bestätigen eindeutig, dass der Informationsaustausch meistens nicht ausreichend gut funktioniert: 74% der Befragten wünschen sich eine **Verbesserung des Informationsflusses**. Davon sieht über die Hälfte einen **rechtzeitigen Informationsaustausch**, 18% einen **häufigeren Informationsaustausch** als notwendig an. Eine Verbesserung des Informationsaustauschs könnte dann erreicht werden, wenn der Vormund **regelmäßig in die Meinungsbildung bzw. in die Teamgespräche mit dem SD eingebunden** wird. Dazu reicht es nicht aus, wenn der Vormund nur manchmal bzw. selten einbezogen wird, was 36% der Befragten bestätigen. Lediglich bei 32% der Befragten wird der Vormund **immer** in die Meinungsbildung mit einbezogen. „Wenn im Einzelfall nicht eindeutig zu klären ist, an welchen Stellen die Sozialen Dienste den Vormund informieren oder beteiligen, sollte hilfsweise die Frage gestellt werden, „wie würde ich vorgehen, wenn

⁸¹ Wolf, 2002, S. 105.

es einen Einzelvormund oder Eltern mit voller elterlicher Sorge gäbe?“⁸²
Die Beteiligung und rechtliche Stellung eines Einzelvormunds und eines Amtsvormundes sollen sich im Hilfeplanverfahren grundsätzlich nicht voneinander unterscheiden.

9.5 ASPEKTE ZUR QUALITÄT EINER GUTEN ZUSAMMENARBEIT

Einen angemessenen Informationsfluss in beide Richtungen, sehen 96% der Befragten als Faktor für die Qualität einer guten Zusammenarbeit. Dass die Zusammenarbeit nur mit ausreichend vorhandenem Personal funktionieren kann, leuchtet ein. Im Rahmen der Umfrage wurde deutlich, dass eine gute Kooperation als notwendig erkannt und generell gewollt ist, diese jedoch am nicht ausreichend vorhandenen Personal, unbesetzten Stellen und einer chronischen Arbeitsüberlastung scheitern darf. 82% sehen zu hohe Fallzahlen als hindernden Faktor für eine gelingende, gute Kooperation. Die gesetzlichen Neuregelungen beinhalten erstmals eine **Fallzahlbergrenze**: Nach § 55 Abs. 2 S. 4 SGB VIII soll ein vollzeitbeschäftigter Beamter oder Angestellter, der nur mit der Führung von Vormund-/Pflegschaften betraut ist, höchstens **50** Vormundschaften führen. Bei Wahrnehmung anderer Aufgaben (insbes. von Beistandschaften), sollte sich diese Zahl entsprechend verringern. Für die Praxis folgt daraus ein deutlicher Personalmehrbedarf im Bereich der Vormundschaften. Je nach Anzahl der Mündel in der jeweiligen Gebietskörperschaft dürfte der Personalbedarf bis zu doppelt so hoch sein wie gegenwärtig.⁸³

Auf die gestärkte Rolle des Vormunds nahmen im Rahmen der Befragung ausschließlich Vormünder Bezug. Ein deutlich erhöhter Abstimmungsbedarf wird seitens der Praxis als notwendige Konsequenz erkannt. Es wird für die Mitarbeiter aus beiden Bereichen notwendig sein, die geänderte Rolle des Vormunds zu verinnerlichen und Überlegungen anzustellen, welche konkrete Veränderungen notwendig sein werden. Als

⁸² Siehe Kooperationsvereinbarung zwischen der Amtsvormundschaft und Sozialen Diensten der Stadt Ludwigshafen am Rhein, Stand: April 2006, S. 2.

⁸³ Vgl. BT-Drucksache 17/3617, S. 2.

Beispiel wurde seitens der Praxis mehrfach die Überarbeitung bestehender Kooperationsvereinbarungen genannt. **Beide Seiten sehen eine gelingende Kooperation als Voraussetzung zur Sicherstellung des Kindeswohls an.**

Mehrfach wird genannt, dass eine Kooperationsvereinbarung im Hinblick auf das neue Recht in Arbeit ist. 58% der befragten Stadt-/Landkreise in Baden-Württemberg haben bereits eine Kooperationsvereinbarung mit entsprechender Rollenzuweisung für beide Arbeitsbereiche. 86% der Befragten sehen Unklarheiten über die jeweilige Rolle und Funktion als hindernden Faktor für eine gute Kooperation.

Für ein gutes Kooperationsklima erachten es 64% der Befragten als wichtig, den anderen Fachbereich zu kennen. Gegenseitige Informationen über die eigene Arbeit und evtl. Hospitationen würden zu mehr Verständnis der „anderen Rolle“ beitragen.

9.6 PERSÖNLICHE HALTUNG DES EINZELNEN

Weil bei mehreren Fragen auf einen bestimmten Aspekt eingegangen wurde, soll dieser im Folgenden zusammenfassend erläutert werden. Jeder Mensch ist ein Individuum mit ganz persönlichen Neigungen, Meinungen, Prägungen, mit Stärken und Schwächen. Gleichzeitig bringt jeder Arbeitstag neue Situationen, Probleme und Herausforderungen mit sich. In der Zusammenarbeit zwischen dem Vormund und SD können, bedingt durch die persönliche Verfassung in Kombination mit den äußeren Umständen, denkbar schlechte Konstellationen entstehen. Das Auftreten von Konflikten ist dann wesentlich wahrscheinlicher, als unter „entspannten Bedingungen“. Mehrfach werden in der Befragung Stichpunkte wie „es kommt auf den einzelnen Mitarbeiter an“, „abhängig vom persönlichen Verhalten“, „mit manchen kann man, mit manchen nicht“ oder „die passende Chemie“ genannt.

Neben all den durchaus menschlichen und normalen Empfindungen, sollte in der Praxis jedoch der Blick auf die gemeinsame Zielgruppe nie verloren

gehen. Beide Seiten stehen in der persönlichen Verantwortung, ein positives Kooperationsklima zu schaffen, **denn eine mangelhafte Kooperation darf nie zu Lasten des einzelnen Kindes gehen und die Gefahr, dass genau dies geschieht, liegt sehr nahe.** Ein Praktiker nannte in diesem Zusammenhang ein entscheidendes Stichwort: „gegenseitige Wertschätzung“. Der Duden definiert den Begriff als Ansehen, Achtung, Anerkennung, hohe Einschätzung. „Wertschätzung ist verbunden mit Respekt, Achtung, Wohlwollen und Anerkennung und drückt sich aus in Zugewandtheit, Interesse, Aufmerksamkeit und Freundlichkeit dem Gegenüber.“⁸⁴

9.7 KRITISCHE HINTERFRAGUNG DER GESETZESÄNDERUNG

Die Änderung des Gesetzestextes steht und stellt nun eine verbindliche Vorgabe für alle Mitarbeiter dar, die in der Verantwortung für ihre Mündel stehen.

Immer deutlicher kommen die Auswirkungen der Gesetzesänderung nun im Bewusstsein der Praxis an. 600 Besuche im Jahr, bei zum Teil sehr weit entfernt lebenden Mündeln, unter (meist) gleichzeitiger Wahrnehmung weiterer Aufgaben, dazu das Erfordernis, in engerer Kooperation mit dem Sozialen Dienst zu stehen, all diese Notwendigkeiten, werden jeden Vormund, der die gesetzlichen Vorgaben erfüllen will, an die Grenzen der Machbarkeit bringen. Die Gefahr der Überlastung des einzelnen Mitarbeiters liegt nahe und wird in vielen Fällen unvermeidbare Konsequenz sein.

Aus der Praxis werden deshalb bereits Stimmen laut, beispielhaft die eines Vormunds, der die Last der geforderten Veränderungen deutlich spürt: „Ich kann die gesetzliche Vorgabe unmöglich erfüllen!“

Aus meiner Sicht halte ich es deshalb für unerlässlich, der Frage der praktischen Handhabung und Umsetzungsmöglichkeiten intensiv nachzugehen. Dass „Soll“ steht verbindlich im Gesetz, die Frage ist nur,

⁸⁴ <http://www.ankevonplaten.de/wertschaetzung.cfm>, Abruf: 24. 8. 2011.

wie viel „Ist“ von der Praxis überhaupt zu leisten sein wird. Nach intensiver Beschäftigung mit der Thematik meinerseits und zahlreichen Eindrücken aus der Praxis, ist es meiner Meinung nach unbedingt notwendig, die Gesetzesänderung im Lichte der Praxis zu hinterfragen.

Die vom Vormund zu tragende „Last der Verantwortung“ scheint sich zu erhöhen, weil die Anforderungen durch das Gesetz ebenfalls gestiegen sind. Offen bleibt die Frage, ob ein überlasteter Vormund dem „obersten Ziel“, der bestmöglichen Gewährleistung des Kindeswohls, überhaupt noch gerecht werden kann?

IV ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Zusammenfassend sind für eine gelingende Kooperation folgende Punkte von zentraler Bedeutung:

- klare Rollen- und Aufgabenzuweisung und Abgrenzung zwischen Vormündern und dem Sozialen Dienst
- Erstellen einer Kooperationsvereinbarung mit klaren Zuständigkeitsabgrenzungen
- Optimierung der organisatorischen Rahmenbedingungen, Auflösung der Mischarbeitsplätze
- insgesamt offene Kommunikation mit rechtzeitigem, häufigem Informationsaustausch
- gleichberechtigter und kooperativer Austausch ohne Rangverhältnis zwischen beiden Bereichen, Halten des fachlichen Informationsstands auf gleichem Niveau
- Austragen von Meinungsverschiedenheiten auf einer sachlichen Ebene

Dass eine gute Kooperation nicht von heute auf morgen gelingen kann und funktioniert, ist nicht von der Hand zu weisen. Es lohnt sich aber auf jeden Fall, zum Wohl des Kindes, den (zum Teil sicher steinigen) Weg in Kauf zu nehmen und Stück für Stück zu einem guten Miteinander zu finden. Die Auswertung der Umfrage bestätigt, dass es Kooperations-

verhältnisse mit durchaus positiven Erfahrungen gibt und beide Seiten gut zusammenarbeiten. Schließlich misst sich die Qualität der Zusammenarbeit daran, wie in diesem Zusammenspiel die Interessenwahrnehmung für das Mündel erfolgt.

In der Praxis lohnt es sich, eigene Standpunkte zu überdenken, ggf. Einstellungen und eingefahrene Strukturen anzupassen und dann den Blick nach vorne zu richten, um nach Wegen zur Verbesserung zu suchen. Die positive Wirkung der engeren Zusammenarbeit mag im ersten Moment noch nicht absehbar sein, bietet aber mit Sicherheit für alle Beteiligten eine große Chance.

LITERATURVERZEICHNIS

Fieseler, Gerhard/Herborth, Reinhard: Recht der Familie und Jugendhilfe, 7. Auflage, 2010.

Hansbauer, Peter (Hrsg.): Neue Wege in der Vormundschaft, 2002.

Hansbauer, Peter/Mutke, Barbara/Oelerich, Gertrud/Wunsch, Robert: Vormundschaft in Deutschland – Trends und Perspektiven, 2004.

Jordan, Erwin (Hrsg.): Kindeswohlgefährdung, 3. Auflage, 2008.

Konrad, Klaus: Mündliche und schriftliche Befragung – Ein Lehrbuch, 5. Auflage, 2007.

Koritz, Nikola: Das neue FamFG, 2009.

Meysen, Thomas: Das Familienverfahrensrecht – FamFG, 2009.

Münder, Johannes/Ernst, Rüdiger: Familienrecht, 6. Auflage, 2009.

Münder, Johannes/Wiesner, Reinhard, Meysen, Thomas (Hrsg.): Kinder- und Jugendhilferecht, 2. Auflage, 2011.

Oberloskamp, Helga (Hrsg.), Vormundschaft, Pflegschaft und Beistandschaft für Minderjährige, 3. Auflage, 2010.

Palandt: Bürgerliches Gesetzbuch, 2011.

Schleicher, Hans: Jugend- und Familienrecht, 13. Auflage, 2010.

ZEITSCHRIFTENARTIKEL

Bress-Brandmaier, Martina/Gühlstorf, Torsten: Das FamFG – Die Reform des familienrechtlichen Prozessrechts, in: ZfF 9/2010, S. 193 - 208.

Buck, Jens: FamFG: Die Rolle des Jugendamts im familiengerichtlichen Verfahren – neue Chancen und Perspektiven, in: Das Jugendamt, 04/2010, S. 161 - 165.

Hauser, Gabi, Keine Kostenerstattung bei Personalunion von Amtsvormund und Fachkraft im ASD, in: Das Jugendamt 01/2002, S. 6 - 8.

Hoffmann, Birgit, Das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts, in: FamRZ 2011, Heft 15, S. 229 - 304.

Meysen, Thomas, Vormund – Heim/Pflegeperson – ASD: Wer hat hier was zu sagen?, in: Das Jugendamt 03/2005, S. 105 - 113.

Opitz, Jutta, Amtsvormundschaft und Soziale Dienste – miteinander, gegeneinander oder wie?, in: Das Jugendamt 07/08 2001, S. 315 - 322.

Stöber, Eberhard: Das neue Verfahren in Kindschaftssachen, in: FamRZ 2009, Heft 8, S. 656 - 665.

Sünderhauf, Hildegund, Fallzahlbingo: 30, 40 oder 50?, in: Das Jugendamt 06/07 2011, S. 293 - 299.

ANDERE QUELLEN

Aufgabenteilmischung, Arbeits- und Orientierungshilfe der Landesjugendämter Rheinland und Westfalen, Stand: 1. 7. 2010.

Bericht Jugend- und Familienministerkonferenz im Mai 2011 in Essen, in: Das Jugendamt 06/07 2011.

„Nicht Rivalität, sondern Miteinander ist gefragt“, Bericht zur Tagung „Das Verhältnis von Sozialen Diensten und Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft im Jugendamt“, in: Das Jugendamt, 11/2001.

Entwurf Aufgabenbeschreibung für den Amtsvormund, entworfen von einer Arbeitsgruppe, Stand 08/2011.

Kaufmann, Ferdinand, Das Jugendamt als Vormund und als Sozialleistungsbehörde – Probleme der Doppelfunktion, aus: Das Verhältnis von Sozialen Diensten und Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft im Jugendamt, Fachtagung 2001.

Kooperationsvereinbarung zwischen der Amtsvormundschaft und Sozialen Diensten der Stadt Ludwigshafen am Rhein, Stand: April 2006.

Meysen, Thomas, Stellungnahme im Rechtsausschuss, 02/2011.

Mix, Bernd, Stellungnahme im Rechtsausschuss, 02/2011.

Positionspapier „Familienrecht und Soziale Dienste im Jugendamt“, vorgelegt von der Ständigen Fachkonferenz 2, DIJuF (Hrsg.), 2010.

Statistik der Kinder- und Jugendhilfe 2010, Statistisches Bundesamt.

Sünderhauf, Hildegund, Stellungnahme im Rechtsausschuss, 02/2011.

Veit, Barbara, Stellungnahme im Rechtsausschuss, 02/2011.

Veröffentlichung des KVJS und verschiedene Ministerien: Interdisziplinäre Zusammenarbeit im Kinderschutz: Aufgaben der beteiligten Institutionen und Empfehlungen für örtliche Netzwerke, 2009.

PERSÖNLICHE ERKLÄRUNG

Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.

Datum, Unterschrift

Anlage 1: Anschreiben Jugendämter

Sarah Bosse, Adresse

Jugendamt

Anschrift

4. April 2011

Mithilfe beim Ausfüllen eines Fragebogens

Sehr geehrte/r Frau/Herr ...,

als Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg erstelle ich meine Bachelorarbeit zum Thema

„Die Kooperation zwischen Amtsvormündern und dem Sozialen Dienst“.

Ich untersuche die Schnittstellen zwischen diesen beiden Bereichen und möchte Sie sehr herzlich bitten, die Fragebögen auszufüllen und mich bei meiner Umfrage zu unterstützen.

Diesem Schreiben habe ich zwei Fragebögen beigelegt, wobei **jeweils einer** für eine/n Mitarbeiter/in aus dem **Arbeitsbereich Amtsvormundschaften** und der andere Bogen für eine/n Mitarbeiter/in vom **Sozialen Dienst** vorgesehen ist.

Ihre Daten werden selbstverständlich anonym behandelt.

Bitte schicken Sie beide Fragebögen ausgefüllt bis spätestens **Freitag, 6. Mai 2011** per Post an die oben angegebene Adresse oder eingescannt per E-Mail an sarah.bosse@gmx.de zurück.

Sollten Sie an den Ergebnissen der Umfrage Interesse haben und mir dies rückmelden, bin ich gerne bereit, Ihnen die Auswertung per E-Mail zukommen zu lassen.

Es werden alle Jugendämter in Baden-Württemberg in die Befragung mit einbezogen, um ein möglichst breites Spektrum an Antworten zu erhalten.

Ich hoffe sehr auf Ihre Mithilfe und bedanke mich schon im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen,




Sarah Bosse

Fragebogen zur Kooperation zwischen Amtsvormündern und dem Sozialen Dienst (ASD/SD)

Hinweise zum Ausfüllen des Fragebogens: Bitte kreuzen Sie die zutreffenden Aussagen an, **soweit nichts anderes vermerkt, ist nur eine Aussage zulässig**. Zur Vereinfachung ist nur von „Vormundschaften“ die Rede, Pflegschaften sind mit eingeschlossen. Außerdem wird auf die weibliche Form aus Vereinfachungsgründen verzichtet. Vormundschaft/Vormund wird mit V, der Soziale Dienst mit ASD/SD abgekürzt. Auch über die Antwortmöglichkeiten hinausgehende **Anmerkungen** sind **erwünscht!** (bitte an den Rand oder auf die Rückseite schreiben).

I Allgemeine Fragen / Fragen zur Organisationsstruktur

1) Welche Funktion / Aufgabe nehmen Sie wahr?

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich arbeite im Bereich Vormundschaften 	Ich arbeite im ASD/SD 	Ich bin Vormund und Mitarbeiter im ASD/SD in einer Person 	Sonstiges:
<div style="border: 1px solid black; padding: 2px; display: inline-block;">Weiter mit Frage 2</div>	<div style="border: 1px solid black; padding: 2px; display: inline-block;">Weiter mit Frage 2</div>	Wenn diese Antwort auf Sie zutrifft, füllen Sie bitte folgende Fragen aus: 1-6 und ab Frage 26	

2) Welche Aussage ist zutreffend?

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich führe Vormundschaften	Ich bewillige HzE- Leistungen	Ich führe Vormundschaften und bewillige HzE-Leistungen	Sonstiges:

3) Welche Art der Ausbildung haben Sie?

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verwaltungsausbildung	sozialpädagogische Ausbildung	Verwaltungsausbildung und sozialpädagogische Ausbildung	Sonstiges:

4) Wie lange üben Sie Ihre Tätigkeit schon aus?

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bis 2 Jahre	3-6 Jahre	7-10 Jahre	über 10 Jahre

5) Wie viele Stellen für den Arbeitsbereich Vormundschaften und wie viele Stellen im ASD/SD gibt es in Ihrer Behörde?

6) Wie sind die beiden Bereiche organisatorisch angesiedelt? (z. B. Angaben wie „Vormundschaft in einer zentralen Abteilung, ASD/SD dezentralisiert“)

II Durchführung ausgewählter Arbeitsabläufe

a) Verfahrensablauf bei Sorgerechtsentzugsverfahren

7) Wann wird der Bereich Vormundschaft informiert, wenn durch den ASD/SD ein Sorgerechtsverfahren eingeleitet wird?

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
immer vorher, schriftlich	immer vorher, mündlich	gelegentlich vorher, schriftlich	gelegentlich vorher, mündlich	Information nach Entzug im Rahmen der Bestellung	Sonstiges:

8) Wer nimmt am Gerichtsverfahren teil?

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Der Mitarbeiter des ASD/SD	Der Vormund	Der Vormund und der Mitarbeiter des ASD/SD	Sonstiges:

9) Wer übernimmt die gesetzliche Vertretung des Kindes nach (teilweisem) Entzug der elterlichen Sorge?

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Der ASD/SD nimmt die gesetzliche Vertretung wahr	Der Vormund nimmt die gesetzliche Vertretung wahr	Sonstiges:

b) Hilfeplangespräche (HPG)

10) Nimmt der Vormund am HPG teil?

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ja, immer	ja, meistens	ja, manchmal	ja, aber selten	ja, aber nur bei wichtigen anstehenden Entscheidungen	nur an der ersten Hilfeplankonferenz, nicht bei der Fortschreibung des Hilfeplans	nein, nie	Sonstiges:

11) Wird der Vormund in die Meinungsbildung bzw. Teamgespräche eingebunden?

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ja, immer	ja, manchmal	ja, aber selten	ja, aber nur bei wichtigen anstehenden Entscheidungen	nein, nie	Sonstiges:

12) Falls der Vormund nicht an jedem HPG teilnimmt, aus welchen Gründen? (Mehrfachnennungen möglich)

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zeit-mangel	fehlende Abspra-chen	zu weite Fahrtwege, um am HPG teilzu-nehmen	die HPG sind Aufgabe des ASD/SD	es reicht aus, den V im Nach-hinein zu infor-mieren	Der V unter-schreibt den Hilfeplan	nicht zu verein-baren mit den Sprech-zeiten des V	vorab werden wichtige Dinge bereits abge-sprochen, so dass der V nicht am HPG teilnehmen muss	Sonstiges

13) Wer übernimmt die Federführung beim Hilfeplanverfahren?

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Der Vormund	Mitarbeiter des ASD/SD	Sonstiges:

14) Welche Rolle nimmt speziell der Vormund im HPG ein?

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
stiller Zuhörer	bringt hin und wieder Anregungen ein	aktiv beteiligt	Sonstiges:

15) Wer schreibt das Protokoll?

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Der Vormund	Mitarbeiter des ASD/SD	Sonstiges:

16) Wie sieht die Absprache vor einem HPG aus? (Mehrfachnennungen möglich)

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gespräch vor dem HPG zwischen Vormund und dem ASD/SD, um eine gemeinsame Richtung festzulegen (Fachfragen werden geklärt)	während der vorigen Absprachen kommt es zu Aushandlungsprozessen	es finden vorher Absprachen statt und der ASD/SD legt die Richtung allein fest	es finden vorher Absprachen statt und der Vormund legt die Richtung allein fest	es finden im Vorfeld keine Absprachen statt	Sonstiges:

17) Welche Aussagen treffen zum Ablauf des HPG zu? (Mehrfachnennungen möglich)

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
während des Gesprächs sind fachliche Diskussionen möglich	beide Seiten verfolgen die vorher abgestimmte und festgelegte Linie	fachliche Argumente des Vormunds führen nicht dazu, dass sich Hilfeplanung und eine weiterführende Hilfe verändert	der Vormund nimmt hin und wieder Stellung	der Vormund vertritt im HPG überwiegend die Position des Mündels	Sonstiges:

III Das Verhältnis zwischen Vormundschaft und dem Sozialen Dienst

18) Gibt es eine klare Aufgaben- und Rollenverteilung? (Mehrfachnennungen möglich)

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Eine klare Aufgabenverteilung hat sich über die Jahre eingespielt	Wir haben eine Kooperationsvereinbarung mit entsprechender Rollenzuweisung	Die Aufgabenverteilung ist oft unklar	Trotz Rollenzuweisung führt die Aufgabenverteilung hin und wieder zu Konflikten	Trotz Rollenzuweisung führt die Aufgabenverteilung oft zu Konflikten	Sonstiges:

19) Inwieweit erfolgt allgemein die Informationsweitergabe zwischen Vormund und ASD/SD?

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
hauptsächlich Vormund an ASD/SD	hauptsächlich ASD/SD an Vormund	in beide Richtungen	Sonstiges:

20) Was sollte sich am Informationsaustausch ändern? (Mehrfachnennungen möglich)

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
es sollten mehr Informationen ausgetauscht werden	rechtzeitiger Informationsfluss ist erforderlich	Informationen sollten nicht bewusst zurückgehalten werden	„Qualität der Informationen“ sollte verbessert werden	Sonstiges:

21) Wie wird damit umgegangen, wenn Vormund und Sozialer Dienst unterschiedliche fachliche Einschätzungen haben und es dadurch zu Konflikten kommt? (Mehrfachnennungen möglich)

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Der Vormund entscheidet auch gegen das Votum des ASD/SD	Die Meinung des ASD/SD geht vor	es wird versucht, eine gemeinsame Lösung zu finden	In Konfliktfällen wird der Vorgesetzte mit einbezogen	Sonstiges:

22) Von was hängt Ihrer Meinung nach die Qualität einer guten Zusammenarbeit ab? (Mehrfachnennungen möglich)

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
örtliche und räumliche Gegebenheiten (z. B. Nähe zum V/ASD/SD)	regelmäßige gemeinsame Dienstbesprechungen	regelmäßige gemeinsame Fortbildungen	ausreichendes Personal	Kooperationsvereinbarung	angemessener Informationsfluss in beide Richtungen (ASD/SD - V und V - ASD/SD)	vom sich gegenseitig Kennen	Sonstiges:

23) Sehen Sie auch Nachteile einer guten Kooperation?

<input type="checkbox"/> JA	<input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/>
Begründung:	Begründung:	Sonstiges:

24) Welche Bereiche beeinträchtigen Ihrer Meinung nach eine gute Kooperation? (Mehrfachnennungen möglich)

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ungünstige Arbeits- strukturen	zu hohe Fallzahlen	Kopplung/Mischung mit anderen Aufgaben	Unklarheit über jeweilige Rolle und Funktion	Probleme bei Terminabsprachen	Begrenzte Zeitfenster und viele Beteiligte	Sonstiges:

25) Auf einer Skala von 1-6: Wie gut schätzen Sie allgemein die Kooperation ein?

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1 sehr gut	2 gut	3 befriedigend	4 ausreichend	5 mangelhaft	6 ungenügend



Weiter mit: IV Selbst-/Fremdbilder
a) oder b)

26) Welche Vorteile sehen Sie darin, dass Sie Vormund und Mitarbeiter im ASD/SD in einer Person sind?

27) Welche Nachteile sehen Sie darin, dass Sie Vormund und Mitarbeiter im ASD/SD in einer Person sind?

28) Die bisherigen gesetzlichen Regelungen legen fest, dass der Vormund als Leistungsempfänger (HzE) nicht gleichzeitig Leistungen gewähren darf. Aus welchen Gründen besteht in Ihrer Behörde eine Organisationsform ohne Rollentrennung?

IV Selbst-/ Fremdbilder



Bitte entweder a), b) ODER c) beantworten!

a) Fragen an Mitarbeiter in der Vormundschaft:

29) Wie sehen Sie Ihre Funktion als Vormünder?

30) Wie sehen Sie die Funktion der Mitarbeiter des ASD/SD?

b) Fragen an Mitarbeiter im ASD/SD:

31) Wie sehen Sie Ihre Funktion als Mitarbeiter im ASD/SD?

32) Wie sehen Sie die Funktion der Mitarbeiter in der Vormundschaft?

c) Fragen an Mitarbeiter mit Doppelfunktion:

33) Wie sehen Sie Ihre Rolle als Vormund und Mitarbeiter im ASD/SD in einer Person?

V Veränderungsvorschläge

34) Welche konkreten Veränderungsvorschläge **für eine bessere Zusammenarbeit** haben Sie und was schlagen Sie im Hinblick auf den aktuellen Gesetzesentwurf vor? (Bezogen auf die Zusammenarbeit!)

Vielen Dank, dass Sie sich für die Beantwortung der Fragen Zeit genommen haben!

Wertschätzung

Wertschätzung ist sprichwörtlich in aller Munde. Sowohl als Gesundheitsfaktor als auch beim Thema wertschätzende Kommunikation. Auf dieser Seite gibt es relevante Neuigkeiten, Beispiele und Hintergrundinformationen.

Wertschätzung als Faktor für Lebensqualität und Arbeitsproduktivität

26.03.10 Was ist überhaupt Wertschätzung und warum ist das Thema „ein Thema“? Auf dem diesjährigen Kongress „Health on Top“ auf dem Petersberg gab es zu diesem Thema sehr viele Beiträge sowie ein Kurzseminar von Frau Dr. Matyssek sowie Dr. Jörg-Peter Schröder. In diesem Artikel möchte ich Ihnen die Beiträge zusammen fassen.

Was ist Wertschätzung?

- Der Duden definiert Wertschätzung als Ansehen, Achtung; Anerkennung; hohe Einschätzung.
- Wertschätzung ist verbunden mit Respekt, Achtung, Wohlwollen und Anerkennung und drückt sich aus in Zugewandtheit, Interesse, Aufmerksamkeit und Freundlichkeit dem Gegenüber.

Warum ist Wertschätzung immer mehr ein Thema?

- Die Studien zur Mitarbeiterzufriedenheit und zum Mitarbeiterengagement (zum Beispiel von GALLUP) zeigen immer wieder: Ein Hauptgrund für das niedrige Engagement ist die fehlende Anerkennung. Dies belegen folgende Ergebnisse der GALLUP Studie 2008 (Quelle: Gallup GmbH, Potsdam)
- Nur 19% der Arbeitnehmer sagt, dass er für gute Arbeit Lob und Anerkennung bekommt und
- 77% kritisieren, dass ihnen kein regelmäßiges Feedback über persönliche Fortschritte bei der Arbeit gegeben werden.
- 69% beklagen, dass bei der Arbeit das Interesse an ihnen als Mensch fehlt.

„Rückenschulen, Kurse zu gesunder Ernährung und Stressmanagement sind gut und wichtig, aber die Mitarbeiter wünschen sich statt einer Rückenstärkung viel mehr eine Rückendeckung von Ihrer Führungskraft.“ fasste Frau Dr. Matyssek Ihre Erfahrungen zusammen. Für sie ist es bezeichnend, dass oftmals trotz hoher Ausgaben in das Betriebliche Gesundheitsmanagement das Arbeitsklima nicht stimmt und die Krankenstände nicht reduziert werden können.

Empfindet der Mitarbeiter ein Mangel an Wertschätzung, fühlt er sich nicht gesehen, fehlt ihm Lob und Anerkennung kann es entweder zu Hilflosigkeit oder Ärger kommen. Beides resultiert zur Ausschüttung von Stresshormonen und vermindert die Leistung. Wir nehmen den Ärger vielleicht sogar mit nach Hause, grübeln, schlafen vielleicht schlechter, sind dadurch unausgeschlafener und am nächsten Tag weniger produktiv und weniger zufrieden.

Wird jedoch Anerkennung empfunden, führt das zur Ausschüttung von Glückshormonen, wir fühlen uns wohl und sind motiviert, setzen uns mehr ein und sind produktiver. Wir freuen uns, können besser abschalten, sind zufriedener, ausgeglichener, können besser abschalten. Wertschätzung wird zum Stresspuffer.

In beiden Fällen (erhaltene oder ausbleibende Wertschätzung) gibt es eine Wirkung, die sich entweder zum negativen Teufelskreis (wenig Anerkennung <-> schlechtere Leistung) oder zum positiven Kreis (Anerkennung <-> Leistung) entwickeln kann.

Wie haben Sie sich heute schon wertschätzend verhalten?

Oftmals höre ich als Reaktion „nicht geschimpft ist doch genug gelobt“ oder „wie soll ich das denn noch machen, ich hab schon genug zu tun, keine Zeit, jetzt auch noch Wertschätzung...“. Ja. Sie haben viel zu tun. Und doch behaupte ich: es geht. Überlegen Sie: wie haben Sie sich heute schon wertschätzend verhalten? Sei es sich selbst gegenüber oder jemand anderem? Vielleicht war es ein herzliches „Dankeschön“ oder „Guten Morgen“? Vielleicht haben Sie sich selbst Wertschätzung ausgedrückt, indem Sie sich Zeit zum Frühstück genommen haben.

Wie immer ist Wertschätzung und das Gefühl, davon genug zu bekommen, sehr individuell: So wie wir Appetit auf bestimmte Dinge haben und unterschiedlich satt werden. Deshalb ist wichtig zu überlegen: was gibt mir Anerkennung? Wann fühle ich mich wertgeschätzt? Schon beim Revue passieren und überlegen merken wir, wie die Stimmung steigt. Als Führungskraft ist es demnach auch wichtig zu wissen, was ist meinen Mitarbeitern wichtig, was brauchen meine Mitarbeiter? Für die einen ist es wichtig, dass ihre Meinung bei fachlichen Themen gefragt ist. Für die anderen zählt es dagegen, dass die Führungskraft pünktlich ist oder dass einfach „Danke“ gesagt wird.

Tenor und Fazit der Referenten war, dass die Basis für wertschätzendes Verhalten die Wertschätzung der eigenen Person und Leistung ist. Das wissen wir aus eigener Erfahrung alle, dass wenn wir selbst ausgeglichen sind, selber „satt“ sind, sind wir offener für unsere Mitmenschen.

Die eigene Wertschätzung ist ungewohnt und benötigt Training. Hierzu hilft es, sich selbst Strukturen zu schaffen und Routinen zu entwickeln. Meinen Teilnehmern im Einzelcoaching helfen dabei die sogenannten Tagesprotokolle. Diese sind ein spezielles Trainingsmedium, die sich als sehr erfolgreich erwiesen haben. Dabei werden Sie angeleitet, jeden Tag zu reflektieren und auf die Dinge zu schauen, die gut gelaufen sind, die Ihnen Anerkennung und Freude gegeben haben. Probieren Sie es einfach aus!

Mehr Informationen und Direktlinks zu den Referenten? Einfach die Links anklicken: [Dr. Matyssek](#) und [Dr. Schroeder](#)